

ANTONY POLONSKY

## DIE WESTLICHEN ALLIIERTEN UND DIE „POLNISCHE FRAGE“ 1939–1947

„Wo findet man Polen, mit denen man reden kann?“

Stalin gegenüber Beneš, 12. Dezember 1943

„Sowjetrussland ist aufrichtig für das Wiedererstehen eines unabhängigen Polen, erwartet aber gleichzeitig von den Polen ein derart mustergültiges Verhalten, dass es ein Wunder wäre, wenn diese die an sie gestellten Anforderungen ohne völlige Unterwerfung erfüllen könnten.“

Archibald Clark Kerr, britischer Botschafter  
in Moskau, 20. Februar 1944

In der westlichen Geschichtsschreibung und einem großen Teil der nach dem Sturz des kommunistischen Systems erschienenen polnischen Literatur wird die kommunistische Machtergreifung in Polen als Ergebnis eines von Stalin lang gehegten und sorgfältig ausgeführten Plans dargestellt. Westlichen Politikern wird Naivität vorgeworfen, weil sie Stalins wertloses Versprechen, die polnische Souveränität zu respektieren und nach dem Krieg freie Wahlen in Polen zu erlauben, für bare Münze genommen hätten. Das scheint mir allzu stark vereinfacht zu sein. Nach meiner Ansicht war die Entwicklung des politischen Lebens in Polen zwischen 1941 und 1948, die zur Errichtung eines Regimes führte, das von einer kleinen Elite in Moskau geschulter und von dort gelenkter Kommunisten beherrscht wurde, und in dem der Sicherheitsapparat ein großes Maß an Autonomie genoss und viele seiner Anweisungen direkt aus der UdSSR erhielt, vor allem das Resultat zweier Fehlschläge. Der eine bestand darin, dass Stalin mit keinem Politiker der polnischen Regierung in London eine Basis für einen zufriedenstellenden Modus Vivendi zu finden vermochte, wie es ihm mit Juho Kusti Paasikivi in Finnland und Eduard Beneš in der Tschechoslowakei gelungen war. Der zweite Fehlschlag war das Scheitern der Strategie der Polnischen Arbeiterpartei (*Polska Partia Robotnicza*, PPR), eine Nationale Front zu schaffen. Sie konnte nur einen winzigen Teil der Nichtkommunisten für sich gewinnen und war daher gezwungen, sich auf

den von ihr aufgebauten Zwangsapparat zu stützen und gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit des polnischen Volks zu regieren.

Im Folgenden soll untersucht werden, inwieweit die westlichen Alliierten, insbesondere Großbritannien und die Vereinigten Staaten, an diesem Ergebnis Schuld hatten. Zuerst werfen wir jedoch einen Blick auf die sowjetische Politik gegenüber Polen während des Zweiten Weltkriegs. Stalin wich nach dem Beginn des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion im Sommer 1941 nie ernsthaft von den Zielen ab, die er sich in Europa gesetzt hatte. Er wollte die Anerkennung der sowjetischen Gebietserwerbungen von 1939/40, teils weil er die gesamte Ukraine unter seiner Kontrolle haben und verhindern wollte, dass der ukrainische Nationalismus sich gegen ihn richtete, und teils weil das Eingeständnis, dass diese Gebiete durch eine Kombination aus Gewalt und Betrug in die Sowjetunion eingegliedert worden waren, die Legitimität des kommunistischen Systems in Frage gestellt hätte. Darüber hinaus war er entschlossen, ein gewichtiges Wort bei der Verwaltung eines entmilitarisierten, vereinten Deutschlands mitzureden. Er rechnete damit, dass die Kommunistische Partei aufgrund ihrer Stärke eine entscheidende politische Kraft in diesem neuen Deutschland darstellen würde. Außerdem erwartete Stalin, dass die Industriemacht Deutschland die Reparationen leisten würde, mit deren Hilfe die Sowjetunion die verheerenden Kriegsfolgen würde überwinden können. Wahrscheinlich nahm er auch an, nur eine Dreimächtebesetzung könnte gewährleisten, dass die Deutschen außerstande sein würden, den ihnen aufgezwungenen karthagischen Frieden zu brechen. Seine Pläne für Deutschland und sein Wunsch nach Anerkennung der territorialen Erwerbungen der Sowjetunion bedeuteten, unter Berücksichtigung der weithin zerstörten Wirtschaft des Landes, dass er trotz seines Glaubens an den Marxismus-Leninismus und den unvermeidlichen Sieg des Kommunismus bereit war, für längere Zeit mit den Westmächten zu koexistieren. Es werde für mindestens 15 Jahre keinen weiteren Krieg geben, sagte er zu Tito. Vor dem Hintergrund seiner Ziele war er nicht sonderlich darauf bedacht, in Polen zwangsweise ein kommunistisches Regime zu errichten. Wenn eine gefügige Regierung gefunden worden wäre, welche die Curzon-Linie – mit kleinen Korrekturen – als Ostgrenze Polens anerkannt hätte, hätte ihre politische Zusammensetzung für ihn keine große Rolle gespielt. Außerdem misstraute er den polnischen Kommunisten; 1938 hatte er die Kommunistische Partei Polens aufgelöst und die meisten ihrer Führer, soweit sie sich in der Sowjetunion aufhielten, verhaften und hinrichten lassen. Erst Anfang 1944 kam er zu dem Schluss, dass nur ein kommunistisch dominiertes Regime die Sicherheit an der Westflanke der Sowjetunion gewährleisten könne. Bezeugt wird dies durch keinen Geringeren als Edward Osóbka-Morawski, den Vorsitzenden des Ende Juli 1944 auf Stalins Geheiß in Lublin gegründeten Pol-

nischen Komitees für Nationale Befreiung (*Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego, PKWN*), dem zufolge Stalin „keinen vorgefassten Plan für Polen [hatte], den er mit eiserner Konsequenz ausgeführt hätte“.<sup>1</sup>

Warum hat die „polnische Frage“ dann zu derartigen Spannungen mit den Westalliierten geführt, dass Archibald Clark Kerr, der Botschafter Großbritanniens in Moskau, dem britischen Außenminister Anthony Eden schrieb, sie stelle „die größte einzelne Quelle von Spannungen zwischen der Sowjetunion und ihren westlichen Verbündeten“ dar?<sup>2</sup> Winston Churchill selbst sollte später bestätigen, dass Polen sich „als die erste der Hauptursachen für den Zerfall der Großen Allianz“ erwiesen habe.<sup>3</sup> Der westliche Alliierte, der während des Krieges vor allem mit der „polnischen Frage“ zu tun hatte, war Großbritannien, und dessen Politik war bemerkenswert beständig. Im Wesentlichen beruhte sie auf der Annahme, dass die Sowjetunion in Polen nur begrenzte Ambitionen habe und eine polnische Regierung, die ihrem Sicherheitsbedürfnis entgegenkäme, akzeptieren würde, sofern ihre Westgrenze garantiert wäre. Die amerikanische Politik ist schwerer zu beschreiben, zum einen, weil die Amerikaner, zumindest bis Oktober 1944, weit weniger in polnische Angelegenheiten verwickelt waren, und zum anderen wegen der undurchsichtigen Haltung von Präsident Franklin D. Roosevelt. Eine Haltung, die vielleicht der 1944 anstehenden Präsidentschaftswahl und der Rücksicht auf die Wähler polnischer Herkunft geschuldet war. Bis in die Endphase des Krieges überließen die Amerikaner die „polnische Frage“ im Allgemeinen den Briten, die nominell in Erfüllung ihres Garantieverprechens an Polen in den Krieg eingetreten waren und seit Juni 1940 der polnischen Exilregierung Zuflucht boten.

Gewiss waren sich die Briten schmerzlich der Schwäche ihres Empires bewusst. Dieses Wissen hatte die Beschwichtigungspolitik diktiert und die britische Regierung, zumal nach der Niederlage Frankreichs, zu der Ansicht gelangen lassen, dass ein Sieg der Alliierten nur durch den Kriegseintritt der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten errungen werden könne. Vor Kriegsausbruch hatte Großbritannien ein Bündnis mit der Sowjetunion angestrebt, um der deutschen Expansion Einhalt zu gebieten. Dementsprechend hatte man im geheimen Zusatzprotokoll zum englisch-polnischen Beistandsabkommen vom August 1939 betont, dass dies ausschließlich

---

<sup>1</sup> VOJTECH MASTNY, *Moskaus Weg zum Kalten Krieg. Von der Kriegsallianz zur sowjetischen Vormachtstellung in Osteuropa*, München, Wien 1980, S. 220.

<sup>2</sup> PRO, F.O. 371, N8674/165/38.

<sup>3</sup> WINSTON CHURCHILL, *Der Zweite Weltkrieg. Memoiren*, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1985, Bd. 6.2, S. 31.

gegen Deutschland gerichtet sei.<sup>4</sup> Infolgedessen war Großbritannien auch in der Periode vor dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion nicht geneigt, die Bemühungen der polnischen Regierung im Exil um die Wiederherstellung Polens in den Grenzen von 1939 zu unterstützen. In dieser Zeit betrachtete sich die polnische Regierung selbst als im Krieg mit der Sowjetunion. Ihre Mitglieder waren empört über den sowjetischen „Dolchstoß in den Rücken“ während der deutschen Besetzung Polens. Das hielt sie indessen nicht davon ab, sich inoffiziell gemäßigter zu äußern. So erklärte General Władysław Sikorski, der Exil-Ministerpräsident, bei seinem London-Besuch im November 1939, dass Polen, wenn es die an Russland verlorenen Gebiete nicht zurückbekommen könne, auf Kosten Deutschlands entschädigt werden sollte.<sup>5</sup>

Nach dem Ersten Weltkrieg hatte Großbritannien Polen kritisiert, weil es seine Grenze über die Gebiete mit einer polnischen Bevölkerungsmehrheit hinaus nach Osten verschoben hatte. Offiziell hatte das britische Außenministerium die Position vertreten, dass Polen imstande sei, seine Minderheiten, insbesondere Ukrainer und Weißrussen, mit der polnischen Herrschaft zu versöhnen. Polnische Erfolge in dieser Hinsicht wurden anerkannt, aber man nahm auch die Fehlschläge wahr. Die Darstellung der Verschlechterung der polnisch-ukrainischen Beziehungen, welche der *think tank* Chatham House im Dezember 1937 dem Außenministerium vorlegte, wurde dort aufmerksam gelesen.<sup>6</sup> Im Juli 1939 stimmten sowohl Howard Kennard, der britische Botschafter in Warschau, als auch Reginald Leeper, der Leiter des Political Intelligence Department (PID) im Außenministerium, einem Bericht Kenneth de Courcys, dem Ersten Sekretär der britischen Botschaft in Warschau, zu, in dem es hieß, die Ukrainer würden „sich auf jede Seite stellen, die ihnen etwas anzubieten hat. Die Polen haben ihnen nichts angeboten.“<sup>7</sup> Die britische Reaktion auf die Besetzung Ostpolens durch die Sowjetunion war also zweideutig. Das Informationsministerium verurteilte am 18. September in einer Verlautbarung zwar das sowjetische Vorgehen, fügte aber hinzu, die „ganze Tragweite dieser Ereignisse“ sei „noch nicht zu ermessen“.<sup>8</sup> Dennoch war London, obwohl es sich nicht auf die Wiederherstellung Polens in den Grenzen von 1921 festlegen mochte, nicht geneigt, die sowjetischen Annexionen anzuerkennen. Am 5. Septem-

---

<sup>4</sup> Her Majesty's Stationery Office, Cmd. 6616, Polen, Nr. 1 (1945), abgedr. in: ANATOLY POLONSKY, *The Great Powers and the Polish Question 1941–1945. A Documentary Study in Cold War Origins*, London 1976, S. 69.

<sup>5</sup> PRO, F.O. 371, C19288/27/55, abgedr. ebd., S. 75 f.

<sup>6</sup> Ebd., C8603/24/18.

<sup>7</sup> Ebd., C9802/327/55.

<sup>8</sup> The Times, 19. September 1939.

ber 1940, nach dem zweiten Wiener Schiedsspruch, der eine Teilung Siebenbürgens verfügte, legte Premierminister Churchill im Unterhaus die britische Position dar. Großbritannien, erklärte er, werde keinerlei territoriale Veränderungen während des Krieges anerkennen, „es sei denn, sie finden mit der freien Zustimmung und dem Wohlwollen der betroffenen Parteien statt“.<sup>9</sup> Gleichzeitig waren im Außenministerium viele der Ansicht, dass Polen beträchtliche Zugeständnisse im Osten werden machen müssen.<sup>10</sup>

Eine Frage der praktischen Politik wurde dieses Thema erstmals im Oktober 1940, als die britische Regierung erneut einen Annäherungsversuch an die Sowjetunion unternahm. Um die Sowjets zu bewegen, gegenüber Großbritannien eine wohlwollendere Neutralitätspolitik zu betreiben, war sie bereit, *de facto*, wenn auch nicht *de jure*, die sowjetische „Kontrolle“ über Estland, Lettland, Litauen, die Nordbukowina und Ostpolen anzuerkennen. Als Richard Stafford Cripps, der britische Botschafter in der Sowjetunion, den Sowjets diesen Vorschlag am 22. Oktober unterbreitete, bot er ihnen jedoch *de facto* die Anerkennung der sowjetischen „Souveränität“ an, womit sich Großbritannien weit stärker festgelegt hätte. Das britische Außenministerium wies ihn daher an, diesen Fehler zu berichtigen; außerdem sollte er von Polen nicht als dem „früheren polnischen Staat“ sprechen. Am Ende beschlossen die Sowjets, die Verhandlungen nicht fortzuführen, und der britische Vorschlag verschwand in der Versenkung. Trotz dieses Rückschlags hofften die Briten weiterhin auf einen Kurswechsel der Sowjetunion und übten, um dies zu erreichen, starken Druck auf die Polen aus, ihre extrem antisowjetischen Äußerungen zu mäßigen.

Hitlers Angriff auf die Sowjetunion versetzte die Briten in die Lage, als Vermittler aufzutreten, um die polnisch-sowjetische Feindschaft zumindest vorübergehend einzudämmen. Die Verhandlungen, die zum Abschluss des polnisch-sowjetischen Abkommens am 30. Juli führten, waren langwierig und schwierig. Zwischen den beiden Regierungen waren eine ganze Reihe von Punkten strittig, wie die sowjetische Anerkennung der polnischen Exilregierung in London, die Freilassung in der Sowjetunion inhaftierter Polen und die Aufstellung einer polnischen Armee auf sowjetischem Territorium, aber als Hauptproblem erwies sich der Verlauf der polnisch-sowjetischen Grenze. Das am 30. Juli schließlich unterzeichnete Abkommen sah die Aufhebung des Hitler-Stalin-Pakts, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen sowie die Bildung einer polnischen Armee auf sowjetischem Terri-

---

<sup>9</sup> Parliamentary Debates (begr. von THOMAS C. HANSARD), House of Commons, Official Report, 5. Serie (1909–1981), (fortan: PD/C), Bd. 364, Sp. 40.

<sup>10</sup> PRO, F.O. 371, C1762/116/55, abgedr. in: POLONSKY, Powers, S. 76.

torium vor. Außerdem sollten in der Sowjetunion inhaftierte Polen amnestiert werden.<sup>11</sup> Wie vereinbart, tauschten die britische und die polnische Regierung gleichzeitig mit der Unterzeichnung des Abkommens Noten aus,<sup>12</sup> und der britische Außenminister Anthony Eden gab im Parlament eine Erklärung dazu ab.<sup>13</sup>

Bei strikt antisowjetisch eingestellten Polen stieß das Abkommen auf Ablehnung. Drei Kabinettsmitglieder – Kriegsminister General Kazimierz Sosnkowski, Außenminister August Zaleski und Justizminister Marian Seyda – traten aus Protest zurück. Zu den führenden Köpfen der Gegner gehörte Jan Ciechanowski, der polnische Botschafter in Washington, der die Amerikaner vergeblich dazu zu bewegen versuchte, den Vertragsabschluss zu verhindern.<sup>14</sup> Die Kritiker des Abkommens wandten ein, dass die Sowjetunion wahrscheinlich besiegt oder zumindest stark geschwächt werden würde und es deshalb unsinnig sei, Zweifel am polnischen Anspruch auf die Ostgebiete zuzulassen. Die meisten von ihnen hofften (ebenso wie viele Mitglieder der polnischen Regierung) auf einen ähnlichen Verlauf der Ereignisse wie im Ersten Weltkrieg, als Deutschland zuerst Russland besiegt hatte, um dann selbst von den Westmächten geschlagen zu werden. Tatsächlich standen sich beide Seiten, trotz des Abkommens und eines am 14. August abgeschlossenen Militärvertrags,<sup>15</sup> weiterhin distanziert gegenüber. Dies zeigte sich zum Beispiel an General Sikorskis Rundfunkansprache vom 31. Juli – in der er feststellte, das Abkommen gestatte „nicht einmal im Ansatz die Annahme, dass die Grenzen des polnischen Staats von 1939 jemals in Frage gestellt werden könnten“ – und an den sowjetischen Reaktionen in den Leitartikeln von *Pravda* und *Iswestiia*. Die polnisch-sowjetischen Beziehungen blieben angespannt. Obwohl am 12. August eine Amnestie erlassen wurde, beklagten sich die Polen darüber, dass eine große Zahl ihrer Landsleute, insbesondere 8.000 der 9.000 im Jahr 1939 inhaftierten Offiziere, nicht freigelassen worden sei. Auch die Aufstellung der polnischen Armee in der Sowjetunion gestaltete sich schwierig. Angesichts der verzweifelten militärischen Position der UdSSR nahmen sowohl die Polen als auch die Sowjets an, dass diese polnische Truppe, falls sich die militärische Lage weiter verschlechtern sollte, eine große Rolle bei den Ereignissen in der Sowjetunion spielen würde. Beide Seiten dürften an das Beispiel der tschechischen Legion im Jahr 1918

---

<sup>11</sup> Documents on Polish Soviet Relations, hg. v. GENERAL SIKORSKI HISTORICAL INSTITUTE, 2 Bde., London 1961/67 (fortan: DOPSR), Bd. 1, Nr. 106.

<sup>12</sup> PRO, F.O. 371, C8958/3226/55, abgedr. in: POLONSKY, Powers, S. 83.

<sup>13</sup> PD/C, Bd. 373, Sp. 1052–1054.

<sup>14</sup> PRO, F.O. 371, C8567/3226/55, abgedr. in: POLONSKY, Powers, S. 76.

<sup>15</sup> DOPSR, Bd. 1, Nr. 112.

gedacht haben. Tatsächlich schloss General Sikorski am 1. September in seinen Weisungen an General Władysław Anders, den Befehlshaber der polnischen Streitkräfte, den Einsatz polnischer Einheiten an der sowjetischen Westfront ausdrücklich aus,<sup>16</sup> und am 19. September erklärte er gegenüber Averell Harriman, Roosevelts Sondergesandten in Europa, sogar, dass die polnische Armee im Fall einer sowjetischen Niederlage das „führende Element“ werden könnte.<sup>17</sup> Andererseits waren die Sowjets immer weniger bereit, die polnischen Einheiten zu versorgen, obwohl Stalin nach britischen und polnischen Demarchen Stanisław Kot, dem polnischen Botschafter in der Sowjetunion, versicherte, es gebe für die Größe der polnischen Armee, die in der Sowjetunion aufgestellt werden könne, keine Obergrenze.<sup>18</sup>

Ein wichtiger Faktor, der die Spannungen nicht abebben ließ, war offensichtlich die ungeklärte Frage der polnisch-sowjetischen Grenze. Am 10. November überreichten die Polen den Sowjets eine Note, in der sie sich darüber beschwerten, dass in der Sowjetunion lebende polnische Staatsbürger nichtpolnischer Nationalität (Ukrainer, Weißrussen und Juden) zur Roten Armee eingezogen würden.<sup>19</sup> Die Sowjets erwiderten, sie hätten bereits ein großes Zugeständnis gemacht, indem sie Polen aus Ostpolen als polnische Staatsbürger anerkannt hätten, denn „die Grenze ist noch nicht festgelegt“.<sup>20</sup> Um diese Probleme beizulegen, reiste Sikorski Anfang Dezember 1941 in die Sowjetunion. In seinen Gesprächen konnte er eine vorübergehende Verbesserung der Beziehungen erreichen, und am 4. Dezember wurde ein Freundschafts- und Beistandspakt unterzeichnet.<sup>21</sup> Während seiner Gespräche mit Stalin hatte Sikorski, zum Ärger von General MacFarlane, dem Leiter der britischen Militärmission in Kuibyschew, der provisorischen Hauptstadt der Sowjetunion, das britische und polnische Vorhaben aufgegeben, die polnische Armee nach Persien zurückzuziehen, wo sie leichter hätte versorgt werden können. Im Gegenzug hatte Stalin zugestanden, dass die polnische Armee in Usbekistan zusammengezogen und auf fünf bis sieben Divisionen vergrößert werden durfte. Außerdem konnte sie als Armee zusammenbleiben, ohne dass die Divisionen an verschiedenen Orten stationiert werden mussten.<sup>22</sup> Ferner hatte Stalin seinem

---

<sup>16</sup> Ebd., Nr. 120.

<sup>17</sup> Ebd., Nr. 124.

<sup>18</sup> Ebd., Nr. 138; PRO, F.O. 371, C13252/6/12.

<sup>19</sup> DOPSR, Bd. 1, Nr. 143.

<sup>20</sup> Ebd., Nr. 157.

<sup>21</sup> Ebd., Nr. 161.

<sup>22</sup> PRO, F.O. 371, C13550/3226/55.

polnischen Gast versichert, dass die Freilassung der inhaftierten Polen in vollem Umfang zu Ende geführt werden würde, und vorgeschlagen, eine informelle Vereinbarung über die polnisch-sowjetische Grenze abzuschließen. Laut Sikorski hatte er versprochen, dass Lemberg „wieder ein Teil Polens werden“ solle;<sup>23</sup> außerdem sollte Ostpreußen Polen zugeschlagen werden. Doch über die Grenzfrage hatte Sikorski nicht sprechen wollen.

Die Verbesserung der Beziehungen war nicht von langer Dauer. Eine Ursache von Spannungen war das Vorhaben, eine polnisch-tschechoslowakische Konföderation zu bilden, die, wie die Sowjetunion immer stärker argwöhnte, eine antisowjetische Stoßrichtung haben würde. Eine andere Ursache war die polnische Ablehnung des vorgeschlagenen englisch-sowjetischen Abkommens. Stalin hatte während des Russlandbesuchs von Außenminister Eden im Dezember 1941 erstmals einen Vertrag ins Gespräch gebracht, welcher der Sowjetunion die Grenzen von 1941 garantieren sollte, mit Ausnahme derjenigen zu Polen, die in direkten Verhandlungen zwischen den beiden betroffenen Staaten festgelegt werden sollte. Unmittelbar nach seiner Rückkehr nach London vermochte es Eden nicht, Churchill von der Vertragsidee zu überzeugen. Doch im März 1942 überlegte es sich der Premierminister unter dem Eindruck der britischen Niederlagen im Fernen Osten und dem Stillstand in Nordafrika anders und schloss sich der Meinung seines Außenministers an.<sup>24</sup>

In einem Gespräch mit Eden am 19. Januar erhob Sikorski zunächst Einwände gegen das ins Auge gefasste Abkommen, indem er das polnische Interesse an einem unabhängigen Litauen betonte und die Vermutung äußerte, die Sowjetunion werde in „sechs Monaten in einer weniger starken Position als heute sein“. Außerdem versuchte er sich während eines Amerikabesuchs in der zweiten Märzhälfte der amerikanischen Unterstützung zu versichern. Er stieß auf ein positives Echo, da das US-Außenministerium, wie ihm der stellvertretende Außenminister Sumner Welles versicherte, eine Behandlung von Territorialfragen in Europa vor Kriegsende ablehnte.<sup>25</sup> Außerdem teilte das Außenministerium das polnische Misstrauen gegenüber den sowjetischen Motiven und fürchtete, dass der angestrebte Vertrag lediglich weitere sowjetische Forderungen nach sich ziehen würde. Eden beschloss gleichwohl, trotz der amerikanischen und polnischen Einwände, den Vertragsabschluss voranzubringen. Ihn beunruhigte insbesondere die Möglichkeit eines Separatfriedens zwischen Deutschland und der Sowjetunion.

---

<sup>23</sup> Ebd., C794/19/55.

<sup>24</sup> CHURCHILL, *Weltkrieg*, Bd. 4, S. 381 ff.

<sup>25</sup> *Foreign Relations of the United States (FRUS)*, 1942, Bd. 3, S. 130.

Daraufhin bekräftigten die Polen in Noten vom 27. März und 13. April sowie in einem Gespräch Sikorskis mit Eden am 16. April ihre Vorbehalte. Am Ende führten amerikanische Einwände, welche US-Botschafter John Winant dem britischen Außenminister am 24. Mai vortrug,<sup>26</sup> und sowjetische Unnachgiebigkeit in den Ende Mai in London geführten Verhandlungen dazu, dass die Briten ihr ursprüngliches Vertragskonzept aufgaben. Am 23. Mai schlugen sie den Sowjets einen neuen Vertragstext vor, der ein gegen Deutschland gerichtetes Nachkriegsbündnis vorsah und Forderungen nach Grenzkorrekturen mit keinem Wort mehr erwähnte. Drei Tage später stimmten die Sowjets diesem Vertragsentwurf zu.<sup>27</sup> Die Polen begrüßten dies als großen Triumph,<sup>28</sup> aber den Sowjets war nicht entgangen, wie Ivan Issaakowitsch Bogomolov, der sowjetische Botschafter in Prag, dem tschechoslowakischen Außenminister Hubert Ripka anvertraut hat, dass sich die Polen mit „Kreisen in England, die dem englisch-sowjetischen Vertrag nicht wohlgesinnt“ waren, verbündeten.<sup>29</sup>

Ein Opfer der Verschlechterung der polnisch-sowjetischen Beziehungen war die polnische Armee in der Sowjetunion. In ihren Gesprächen im Dezember 1941 hatten sich Stalin und Sikorski darauf geeinigt, dass 30.000 polnische Soldaten die Sowjetunion verlassen durften.<sup>30</sup> Am 25. März gestatteten die Sowjets überraschend die Evakuierung von 40.000 polnischen Soldaten in den Iran. Als Grund wurden Versorgungsschwierigkeiten angegeben, und es traf sicherlich zu, dass es den Briten aufgrund des Kriegs im Fernen Osten schwer fiel, die polnischen Truppen mit Ausrüstung zu versorgen.<sup>31</sup> Bis April verließen 31.000 Soldaten sowie 12.000 Angehörige die Sowjetunion in Richtung Iran. Am 14. Mai verweigerte Stalin jedoch die Erlaubnis für weitere Rekrutierungen von Polen, sogar für die Ausreise in den Iran, und am 16. Juni wurde den Polen mitgeteilt, dass keine weiteren Evakuierungen stattfinden könnten. Zwei Wochen später fragte Stalin bei den Briten an, ob sie auch die drei in der Sowjetunion verbliebenen Divisionen aufnehmen würden, und bis Ende August waren auch diese insgesamt 44.000 Soldaten und 26.000 Angehörige in den Iran ausgereist. A. J. Drexel Biddle, der US-Botschafter bei der polnischen Exilregierung, vermutete als Grund für diese Ereignisse das wachsende

---

<sup>26</sup> PRO, F.O. 371, N3717/5/38.

<sup>27</sup> Ebd., N3129/3059/38.

<sup>28</sup> Ebd., C3814/19/55, abgedr. in: POLONSKY, Powers, S. 109.

<sup>29</sup> Ebd., C7636/151/12.

<sup>30</sup> Ebd., C13550/3226/55, abgedr. in: POLONSKY, Powers, S. 96.

<sup>31</sup> Ebd., C1861/19/55, abgedr. in: POLONSKY, Powers, S. 104.

sowjetische Misstrauen gegenüber der polnischen Haltung,<sup>32</sup> während Eden später erklärte, man habe mit dem Abkommen vom Juli 1941 wahrscheinlich zu viel gewollt; aus Feinden hätten nicht über Nacht Verbündete werden können.<sup>33</sup>

Auch das Vorhaben einer polnisch-tschechoslowakischen Konföderation geriet ins Stocken, und Ende November war es praktisch aufgegeben worden. Sein Scheitern ist als „erstes sowjetisches Veto“ bezeichnet worden.<sup>34</sup> Das ist unzutreffend. Ein sowjetisches Veto war nicht nötig, denn vor die Wahl zwischen Sowjets und Polen gestellt stand außer Frage, für wen sich der tschechische Staatspräsident Beneš entscheiden würde.<sup>35</sup> Fortan verschlechterten sich die polnisch-sowjetischen Beziehungen stetig. Für Konfliktstoff sorgte zunächst die sowjetische Behauptung, das umfangreiche Netz von Beauftragten, das unter der Schirmherrschaft der polnischen Botschaft aufgebaut worden war, um sich um das Wohl von polnischen Deportierten zu kümmern, werde für Spionagezwecke genutzt. Im Juli schlossen die Sowjets in einer Reihe von Städten die Büros dieser Organisation, und in der Folgezeit wurde eine große Zahl von Beauftragten unter dem Vorwurf der Spionage verhaftet.

Anfang 1943 trat eine noch ernstere Verschlechterung ein. Am 16. Januar teilten die Sowjets der polnischen Botschaft in der UdSSR mit, sie hätten das „Privileg“ aufgehoben, nach dem Menschen polnischer Herkunft aus Ostpolen als polnische Staatsbürger zu betrachten seien.<sup>36</sup> Auslöser dieses neuen, härteren Kurses waren wahrscheinlich General Sikorskis Besuch in den USA und sein Versuch, von den Amerikanern Unterstützung für die polnischen Gebietsansprüche im Osten zu erhalten.<sup>37</sup> Anscheinend wollten die Sowjets die Polen unter Druck setzen, um sie zur Anerkennung der Curzon-Linie zu bewegen. Die Polen antworteten am 26. Januar auf die sowjetische Note und appellierten darüber hinaus an Eden und Churchill, gegen das sowjetische Vorgehen zu protestieren, dem ansonsten, wie man fürchtete, weitere einseitige Aktionen auf Kosten Polens folgen würden.<sup>38</sup> In dieser Situation eröffnete Sikorski dem britischen Außenminister, dass er eine weitere Reise in die Sowjetunion erwäge und bereit sei, über die

---

<sup>32</sup> FRUS, 1942, Bd. 3, S. 133 ff., abgedr. in: ebd., S. 103 f.

<sup>33</sup> PRO, W.P. (43) 198, abgedr. in: ebd., S. 105.

<sup>34</sup> EDUARD TABORSKY, A Polish-Czechoslovak Confederation. A Story of the First Soviet Veto, in: *Journal of Central European Affairs*, Nr. 9, 1950, S. 379-95.

<sup>35</sup> PRO, F.O. 371, C10484/525/12, abgedr. in: POLONSKY, Powers, S. 143 f.

<sup>36</sup> DOPSR, Bd. 1, Nr. 285.

<sup>37</sup> PRO, F.O. 371, C923/258/55, abgedr. in: POLONSKY, Powers, S. 113 f.

<sup>38</sup> DOPSR, Bd. 1, Nr. 289; PRO, F.O. 371, C1279/258/55.

polnisch-sowjetische Grenze zu sprechen. Eden erwiderte, nach seiner Ansicht würden weder Großbritannien noch die USA „irgendeine bestimmte Grenze“ bevorzugen.<sup>39</sup> Das änderte jedoch nichts an Sikorskis Glauben, dass die USA die polnischen Ansprüche im Osten unterstützten. Diese Ansicht war ein grundsätzliches Missverständnis. Offiziell vertrat Washington zwar weiterhin die Position, dass vor der Friedenskonferenz nach dem Kriegsende keine territorialen Festlegungen getroffen werden sollten. Aber der stellvertretende Leiter der Europaabteilung im US-Außenministerium, Ray Atherton, hatte bereits in einem Memorandum vom 9. Dezember 1942 erklärt, dass die Riga-Grenze nicht wieder errichtet werden solle.<sup>40</sup> Am 16. März 1943 sagte Roosevelt in einem Gespräch mit Eden, dass die Polen, wenn sie eine Kompensation im Westen erhalten würden, „durch die Zustimmung zur Curzon-Linie eher gewinnen als verlieren würden“.<sup>41</sup> Außerdem war er der Ansicht, dass sich die „Großen Drei“ auf eine Lösung der „polnischen Frage“ einigen und sie dann den Polen aufzwingen sollten. Diese Äußerungen veranlassten Orme Sargent, einen stellvertretenden Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, sich in einem Memorandum vom 15. April für die Annahme einer solchen Politik auszusprechen.<sup>42</sup> Seine Anregung fand im Außenministerium einige Zustimmung, doch Eden lehnte am 26. April einen Kurswechsel ab. Die größten Sorgen bereitete den Briten, wie der Unterstaatssekretär im Foreign Office, Alexander Cadogan, am 31. März in einer Notiz an Churchill feststellte, die Möglichkeit, dass die Polen die Beziehungen zur Sowjetunion abbrechen könnten.<sup>43</sup> Er schlug Churchill vor, bei Stalin zu intervenieren und ihn im Interesse der Einigkeit der Alliierten zu bitten, eine freundlichere Haltung gegenüber Polen einzunehmen und bestimmten Gruppen von Polen die Ausreise aus der Sowjetunion zu gestatten.

Am Ende waren es die Sowjets, die die Beziehungen zu den Polen abbrachen. Heute ist bekannt, dass es sich bei den 4.000 Leichen, die von den Deutschen in einem Massengrab bei Katyn in Weißrussland entdeckt wurden, um Menschen handelte, die im April oder Mai 1940 von den Sowjets ermordet worden waren. Sie gehörten zu einer Gruppe von rund 22.000 polnischen Kriegsgefangenen, überwiegend Offizieren, Unteroffizieren und Reservisten, die in den Lagern Starobel'sk, Kozel'sk und Ostashkov interniert gewesen waren. Die Polen hatten die Sowjets seit Juli

---

<sup>39</sup> PRO, F.O. 371, C910/258/55, abgedr. in: POLONSKY, Powers, S. 115 f.

<sup>40</sup> FRUS, 1942, Bd. 3, S. 201-207.

<sup>41</sup> PRO, F.O. 371, C1748/499/38, abgedr. in: POLONSKY, Powers, S. 118 f.

<sup>42</sup> Ebd., C4133/258/55, abgedr. ebd., S. 121.

<sup>43</sup> Ebd., C3386/258/55, abgedr. ebd., S. 119 f.

1941 wiederholt um Aufklärung über den Verbleib der Männer ersucht, aber nur ausweichende Antworten erhalten. Zwischen diesen Soldaten, der polnischen Regierung und der Armee im Westen bestanden viele persönliche und familiäre Beziehungen, und die Nachricht über das Massengrab löste in polnischen Kreisen eine nahezu unkontrollierbare Welle von Wut und Verzweiflung aus. Unter diesen Umständen konnten die polnischen Reaktionen, so verständlich sie waren, von den Sowjets nur zu leicht in ihrem Interesse ausgeschlachtet werden. Dies galt insbesondere für den Appell der polnischen Regierung an das Internationale Rote Kreuz, die deutschen Anschuldigungen zu untersuchen,<sup>44</sup> und eine Erklärung des polnischen Verteidigungsministers, General Marian Kukiel, in der er mit beachtlichen Indizienbeweisen die Schuld der Sowjets andeutete.<sup>45</sup> Solche Äußerungen nahmen die Sowjets zum Anlass, den Polen Kollaboration mit den Deutschen vorzuwerfen, die ebenfalls eine Untersuchung durch das Rote Kreuz vorgeschlagen hatten, und sie lieferten ihnen einen Vorwand, unter dem sie am 25. April die Beziehungen zur polnischen Exilregierung abbrechen konnten.<sup>46</sup> Die Sowjets dürften in dieser Kontroverse stets auch die Grenzfrage im Blick gehabt haben. Der sowjetische Außenminister Viatscheslav Molotov warf den Polen in der Note, in der er den Abbruch der Beziehungen bekannt gab, sogar vor, „diese feindselige Kampagne gegen die Sowjetunion“ zu unternehmen, „um ihr auf Kosten der sowjetischen Ukraine, des sowjetischen Weißrusslands und des sowjetischen Litauens territoriale Zugeständnisse abzurufen“.<sup>47</sup> In dieser angespannten Situation versuchten die Briten, beide Seiten zu mäßigen, indem sie Sikorski drängten, den Appell an das Rote Kreuz zurückzunehmen und die scharf antisowjetischen Elemente in der polnischen Presse zu zügeln. Churchill beschwor gleichzeitig Stalin, die Beziehungen zu den Polen nicht abzubrechen und bestimmten Gruppen von Polen die Ausreise aus der Sowjetunion zu erlauben.<sup>48</sup> Die Sowjets nutzten diese zaghafte Reaktion sehr erfolgreich aus. Einerseits bestritten sie das Gerücht, sie beabsichtigten die Bildung einer konkurrierenden polnischen Regierung in Moskau; andererseits gestatteten sie dem kommunistischen Bund Polnischer Patrio-

---

<sup>44</sup> DOPSR, Bd. 1, Nr. 308.

<sup>45</sup> Ebd., Nr. 307.

<sup>46</sup> Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941–1945, hg. v. Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Berlin (Ost) 1961 (fortan: Briefwechsel Stalins), Nr. 150, S. 150–152.

<sup>47</sup> Dokumenty i materiały do stosunków historii polsko-radzieckich, hg. v. TADEUSZ CIEŚLAK/ IVAN A. KHRIENOV u.a., Bd. 7: styczeń 1939 – grudzień 1943, Warszawa 1973, Nr. 243, S. 400 f.

<sup>48</sup> Briefwechsel Stalins, Nr. 153, S. S. 154 f.

ten (*Związek Patriotów Polskich*, ZPP), der seit Anfang 1942 in Moskau tätig war, eine polnische Division aufzustellen, die im Kampf gegen die Deutschen eingesetzt werden sollte. Außerdem erklärten sie, dass eine Wiederaufnahme der Beziehungen zur polnischen Regierung in London erst in Frage käme, wenn diese radikal umgebildet worden sei und die „hitlerfreundlichen Elemente“ aus ihr entfernt worden seien. Als Zugeständnis war Stalin bereit, „polnischen Staatsangehörigen“ die Ausreise aus der Sowjetunion zu erlauben.<sup>49</sup>

Am 7. Mai sprach Eden gegenüber Sikorski die Frage der Umbildung seiner Regierung an. Sikorski versprach, über die Bildung eines kleineren „Kriegsrats“ innerhalb seines Kabinetts nachzudenken. Er nahm seine Zusage aber nach einem scharfen Angriff des sowjetischen Außenministers, Andrei A. Vyshinski, auf die Polen am selben Tag wieder zurück.<sup>50</sup> Die Briten kamen zu dem Schluss, dass es zu Sikorskis Sturz führen könnte, wenn sie weiterhin Druck auf die Polen ausübten. Dementsprechend räumte Churchill am 12. Mai in einem Brief an Stalin zwar ein, „dass die polnische Regierung verbessert werden könnte“, fügte aber hinzu, dass Veränderungen nicht das Ergebnis ausländischen Drucks sein sollten und nur langsam erreicht werden könnten.<sup>51</sup> Die Amerikaner standen einem solchen Gedanken sogar noch ablehnender gegenüber. Tatsächlich erschwerte der einzige wichtige Wechsel in der polnischen Regierung, der 1943 stattfand, die Lösung des Problems zusätzlich. Er wurde notwendig, nachdem General Sikorski am 5. Juli 1943 auf tragische Weise bei einem Flugzeugabsturz vor Gibraltar ums Leben gekommen war. Sikorski war wahrscheinlich die einzige Persönlichkeit mit genügend Format gewesen, welche die polnischen Emigranten davon hätte überzeugen können, bedeutende Zugeständnisse zu machen, um einen *Modus Vivendi* mit den Sowjets zu erreichen. Sein Nachfolger als Ministerpräsident wurde Stanisław Mikołajczyk, ein geschickter, fähiger Politiker der Bauernpartei, dem jedoch nicht der gleiche Respekt wie Sikorski entgegengebracht wurde. Mikołajczyk, der sich der Schwäche seiner Position in der Emigration bewusst war, versuchte, noch bevor er sein neues Amt antrat, vergeblich, den Einfluss der Armee zu beschränken und seine Kontrolle über die von London aus geleitete Untergrundbewegung in Polen zu stärken.<sup>52</sup> Auch die Ernennung General Kazimierz Sosnkowskis zum Oberbefehlshaber vermochte er nicht zu verhindern. Der Inhaber dieses Amtes besaß gemäß der

---

<sup>49</sup> Ebd., Nr. 156, S. 159–161; PRO, F.O. 371, C5189/258/55, C5259/258/55, C5652/258/55.

<sup>50</sup> PRO, F.O. 371, C5139/258/55; DOPSR, Bd. 2, Nr. 7.

<sup>51</sup> Briefwechsel Stalins, Nr. 159, S. 162 f.

<sup>52</sup> PRO, W.M. (43) 97.

Verfassung von 1935 erhebliche Machtbefugnisse und wurde als designierter Nachfolger des Präsidenten betrachtet. Den Sowjets war Sosnkowski, der im Juli 1941 aus Protest gegen den Abschluss des polnisch-sowjetischen Abkommens aus der Regierung ausgeschieden war, verhasst, wie Botschafter Bogomolov am 8. Juli gegenüber Geoffrey Harrison aus dem britischen Außenministerium zu verstehen gab. Die Briten nahmen dies jedoch nicht ernst und unterstützten Mikołajczyk kaum bei seinem Versuch, die Macht des Heeres einzuschränken und Sosnkowskis Ernennung zum Oberbefehlshaber zu verhindern. Eden beispielsweise sah keinen Anlass, sich gegen Sosnkowskis Berufung auszusprechen, denn „wenn die Russen den Polen Ärger bereiten wollen“, so seine Begründung, „dann werden sie es tun, ganz gleich, wer zum Oberbefehlshaber ernannt wird“.<sup>53</sup> Weder die Briten noch die Amerikaner waren sich im Klaren darüber, wie sie auf den Abbruch der polnisch-sowjetischen Beziehungen reagieren sollten.

Roosevelt, dessen Position in dieser Frage bewusst vage war, sagte Anfang Juni zu Beneš, laut dessen eigenem Bericht, dass er die Curzon-Linie als „angemessene Lösung des polnisch-sowjetischen Grenzproblems“ betrachte. Er bat Beneš, sich bei Stalin für diese Lösung einzusetzen.<sup>54</sup> Die Briten dachten ähnlich. Am 22. Juni legte G. H. Wilson, Mitarbeiter der Zentralabteilung des britischen Außenministeriums, eine Denkschrift über „Russlands Westgrenze“ vor, in der er, weitgehend in Übereinstimmung mit dem früheren Memorandum des stellvertretenden Unterstaatssekretärs Sargent, ausführte, dass eine Verbesserung der polnisch-sowjetischen Beziehungen nur von Dauer sein könne, wenn eine Einigung über die polnische Ostgrenze erreicht werde. Er befürwortete eine Grenze auf der Grundlage der Curzon-Linie; Polen sollte Lemberg erhalten und auf Kosten Deutschlands mit Gebieten im Westen entschädigt werden.<sup>55</sup> Die offizielle Position der beiden Westalliierten war weit weniger nachgiebig. Man beschloss eine gemeinsame Demarche bei den Sowjets, doch Schwierigkeiten bei der Abstimmung der britischen und amerikanischen Auffassungen hatten eine erhebliche Verzögerung zur Folge. Die Briten wollten eine einfache, auf die Frage der Evakuierung von Polen aus der Sowjetunion beschränkte Intervention. Größere Fragen anzuschneiden, würde nach ihrer Ansicht unvermeidlich eine Diskussion der Grenzfrage nach sich ziehen, was man nicht für wünschenswert hielt. Die Amerikaner wollten das Grenzproblem zwar ebenfalls nicht ansprechen, glaubten aber, dass ohne eine Diskussion breiter angelegter Themen, insbesondere die Definition der polnischen Staatsbürgerschaft, keine Fortschritte erzielt werden könnten.

---

<sup>53</sup> PRO, F.O. 371; P.M. (43) 207.

<sup>54</sup> Ebd., N3835/3835/38, abgedr. in: POLONSKY, Powers, S. 133.

<sup>55</sup> PRO, F.O. 371, N4905/4069/38.

Einig waren sich beide Seiten darin, dass die Zeit noch nicht gekommen sei, um die Polen zur Umbildung ihrer Regierung zu drängen.<sup>56</sup>

Die gemeinsame Demarche wurde schließlich am 11. August in einer Besprechung mit Stalin und Molotov übergeben. Clark Kerr hob in einer einleitenden Erklärung die Bedeutung der Verbesserung der polnisch-sowjetischen Beziehungen für die Solidarität innerhalb der Anti-Hitler-Koalition hervor. Die britische Note ersuchte die Sowjets, gewissen Gruppen von Polen die Ausreise aus der Sowjetunion zu gestatten, einschließlich der „polnischen Staatsangehörigen aus Westpolen, deren Nationalität nicht in Frage steht“. <sup>57</sup> Die Amerikaner schlugen den Sowjets in ihrem Memorandum vor, sie sollten Hilfs- und Fürsorgeleistungen für Polen durch sowjetische Organisationen zulassen. In der Staatsbürgerschaftsfrage wurde ein Kompromiss empfohlen, dem zufolge „rassische Polen“ aus Ostpolen als polnische Staatsbürger anerkannt werden und „nichtrassische Polen“ die Möglichkeit erhalten sollten, für die polnische und die sowjetische Staatsbürgerschaft zu optieren. Außerdem wurde für bestimmte Gruppen von Polen die Möglichkeit der Ausreise aus der Sowjetunion gefordert.<sup>58</sup> In einer Erklärung bekräftigte der amerikanische Botschafter ferner die amerikanische Ablehnung von Grenzdiskussionen in dieser Phase des Krieges.<sup>59</sup>

Die sowjetische Reaktion verhieß nichts Gutes. Stalin und Molotov hörten sich die britischen und amerikanischen Vorstellungen „unter völligem Schweigen“ an und lehnten jede Diskussion ab.<sup>60</sup> Die Antwort auf die angloamerikanische Demarche traf erst am 27. September in Form gleichlautender Noten in den sowjetischen Botschaften in Großbritannien und in den USA ein, und sie war niederschmetternd.<sup>61</sup> Die Beziehungen zur polnischen Regierung, ließ man die Westalliierten wissen, seien abgebrochen worden, weil diese gegenüber der Sowjetunion eine feindselige Haltung eingenommen und zudem versucht habe, „die deutsche faschistische Provokation in Bezug auf die von den Hitleristen im Gebiet Smolensk ermordeten polnischen Offiziere zu nutzen, um der Sowjetunion auf Kosten der Interessen der sowjetischen Ukraine, des sowjetischen Weißrussland und des sowjetischen Litauen territoriale Zugeständnisse abzurufen“. Molotov behauptete, sowjetische Stellen würden sich um das Wohl der Polen kümmern und die polnischen Fürsorgeorganisationen seien aufgelöst

---

<sup>56</sup> Siehe POLONSKY, Powers, S. 139.

<sup>57</sup> PRO, S.D. 760c, 61/2097, abgedr. in: POLONSKY, Powers, S. 139 f.

<sup>58</sup> Ebd., 61/2091, abgedr. ebd., S. 141 f.

<sup>59</sup> PRO, F.O. 371, C10042/258/55, abgedr. ebd., S. 142.

<sup>60</sup> Ebd., C9284/245/55.

<sup>61</sup> FRUS, 1943, Bd. 3, S. 161-67.

worden, weil einige ihrer Mitglieder Spionage betrieben hätten. Er bekräftigte die sowjetische Position in der Staatsbürgerschaftsfrage, sagte aber zu, dass Personen, die keine Einwohner der Westukraine oder des westlichen Weißrusslands seien, sich aber im September 1939 in diesen Gebieten aufgehalten hätten, aus der Sowjetunion ausreisen dürften.

Das Scheitern der angloamerikanischen Demarche veranlasste die Briten, auf den in Wilsons Denkschrift vom 22. Juni empfohlenen Kurs einzuschwenken. Ende August sprach Eden auf der Konferenz in Quebec sowohl mit dem engsten Vertrauten Roosevelts, Harry Hopkins, als auch mit dem amerikanischen Außenminister Cordell Hull über das Problem der sowjetischen Westgrenze. Im Gespräch mit Hopkins erklärte er, bei dem bevorstehenden Außenministertreffen in Moskau werde man keinerlei Fortschritte machen, wenn man den Sowjets in der Grenzfrage nicht entgegenkomme. Hopkins erwiderte, dass Roosevelt mit der britischen Position in dieser Frage übereinstimme und er, Hopkins, dies auch Litwinov, dem sowjetischen Außenminister, gesagt habe. Aber der Präsident zögere noch, den stellvertretenden Außenminister Welles zu ermächtigen, dementsprechend zu handeln.<sup>62</sup> Tatsächlich sollte Roosevelt Welles und Hull am 5. Oktober, zweideutig wie immer, instruieren, dass die neue polnisch-sowjetische Grenze „irgendwo östlich der Curzon-Linie“ liegen sollte.<sup>63</sup> Eden legte Hull eine Denkschrift vor, die sich dafür aussprach, dass Großbritannien und die USA gemeinsam die Curzon-Linie als polnisch-sowjetische Grenze und darüber hinaus auch die restliche Westgrenze der Sowjetunion, so wie sie vor dem deutschen Angriff von 1941 verlaufen war, anerkennen sollten. Dies würde die sowjetische Kooperationsbereitschaft in anderen Fragen erhöhen, vor allem bei der Koordination der militärischen Planungen und der Behandlung der deutschen Frage. Die vorgeschlagene Grenzvereinbarung solle informell sein, hieß es zudem, und man werde die Polen davon überzeugen müssen, dass ein derartiger Verlauf der Grenze erwünscht sei.<sup>64</sup> In der Diskussion erklärte Hull, dass „erhebliche Zugeständnisse“ gefordert würden und sie davon abhängig gemacht werden sollten, ob sich die Sowjets den angloamerikanischen „Vorstellungen über den allgemeinen Nachkriegsplan anschließen“.<sup>65</sup>

Einen ersten Vorstoß bei den Polen unternahm Eden am 9. September. Doch Mikołajczyk lehnte die vorgeschlagene Grenzvereinbarung mit dem Hinweis ab, Polen könne Wilna nicht aufgeben. Keine Exilregierung, fügte

---

<sup>62</sup> PRO, F.O. 371, N5066/499/38, abgedr. in: POLONSKY, Powers, S. 143.

<sup>63</sup> FRUS, 1943, Bd. 1, S. 542.

<sup>64</sup> PRO, F.O. 371, N5060/499/38, abgedr. in: POLONSKY, Powers, S. 144-146.

<sup>65</sup> Ebd., C10846/231/55, abgedr. ebd., S. 144.

er hinzu, könne territoriale Zugeständnisse machen. Im Grunde gehe es auch nicht um Grenzen, sondern um „das Überleben Polens als unabhängiger Staat“. <sup>66</sup> Die Frage wurde am 7. Oktober im britischen Kriegskabinet beraten, dem Eden zwei Memoranden vorlegte, eines über die sowjetische Westgrenze und eines über die Beziehungen zwischen der von London aus geleiteten polnischen Untergrundbewegung und den Sowjets. Das erste Memorandum sprach sich ähnlich wie dasjenige, das man Hull in Quebec übergeben hatte, dafür aus, einerseits die Forderungen der Sowjetunion in Bezug auf ihre Westgrenze zu erfüllen und sich andererseits für den polnischen Anspruch auf Lemberg einzusetzen. Im Gegenzug, so hoffte man, würde die Sowjetunion die Beziehungen zur polnischen Regierung wieder aufnehmen und sich bei den schwierigen Problemen der polnischen Untergrundbewegung, der Polen in der Sowjetunion und der sowjetischen Unterstützung der ZPP kooperativ verhalten. <sup>67</sup> Das zweite Memorandum hob die Gefahr von Zusammenstößen zwischen der polnischen Untergrundbewegung und der vorrückenden Roten Armee hervor. In der Kabinettsdiskussion erklärte der Premierminister, man könne die Polen zwar nicht zwingen, der vorgeschlagenen Vereinbarung zuzustimmen, aber man sollte sie doch nachdrücklich auffordern, es zu tun. <sup>68</sup> Eden gelang es am 6. Oktober jedoch nicht, von den Polen die Erlaubnis zu erhalten, in Moskau <sup>69</sup> über die Grenzfrage zu diskutieren. Folglich teilte er dem Kabinett mit, dass er das Thema nicht anschneiden werde. Infolgedessen wurde in Moskau in Bezug auf das polnische Problem keinerlei Fortschritt erzielt. Als es am 29. Oktober zur Sprache kam, hielten sowohl Hull als auch Eden Molotov vor Augen, wie wichtig die Wiederaufnahme der sowjetisch-polnischen Beziehungen für das Bündnis sei. Molotov erwiderte, erforderlich sei eine polnische Regierung „mit freundlichen Absichten gegenüber der Sowjetunion“. In Bezug auf General Sosnkowski äußerte er großes Misstrauen, und auf die Frage, was die Sowjetunion davon halten würde, wenn Großbritannien die polnische Untergrundbewegung mit Waffen versorgen würde, antwortete er, Waffen sollten nur in sichere Hände gegeben werden, und fügte hinzu: „Gibt es irgendwelche sicheren Hände in Polen?“ <sup>70</sup>

Nach Edens Rückkehr aus Moskau erhöhten die Briten den Druck auf die Polen, und obwohl diese in der Öffentlichkeit bei ihrer unnachgiebigen Haltung blieben, erwiesen sie sich inoffiziell als weit anpassungsfähiger. So

---

<sup>66</sup> Ebd., C10409/231/55, abgedr. ebd., S. 146 f.

<sup>67</sup> PRO, W.P. (43) 438, 439, abgedr. ebd., S. 151-154.

<sup>68</sup> PRO, W.M. (43) 137.

<sup>69</sup> PRO, F.O. 371, C11782/258/55, abgedr. in: POLONSKY, Powers, S. 155-157.

<sup>70</sup> Ebd., C13335/258/55, abgedr. ebd., S. 157 f.

sagte der polnische Außenminister, Edward Raczynski, am 17. November zu Eden, eine Exilregierung könne zwar keine territorialen Konzessionen machen, wenn aber „Polens Freunde der Regierung erklären würden, sie müsse diese oder jene Regelung akzeptieren, um die Zukunft Polens zu sichern, dann würde dies eine neue Situation schaffen“.<sup>71</sup> Dementsprechend konnte Eden am selben Tag im Kriegskabinett erklären, die polnische Regierung „würde es möglicherweise begrüßen, wenn die Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten ihr eine Regelung aufzuzwängen“.<sup>72</sup> Am 22. November teilte Ministerpräsident Mikołajczyk schließlich Eden mit, dass die Polen es begrüßen würden, wenn die britische Regierung mit den Sowjets über alle Aspekte des „polnischen Problems“, einschließlich des Grenzstreits, sprechen würde.<sup>73</sup> Die britische Position wurde in einem von Orme Sargent entworfenen Memorandum zusammengefasst, das Eden am 22. November dem Kriegskabinett vorlegte.<sup>74</sup> In ihm wurde erneut die Curzon-Linie als polnische Ostgrenze vorgeschlagen. Lemberg sollte bei Polen bleiben, und die Polen sollten im Westen in Gestalt von Danzig und Ostpreußen sowie des schlesischen Bezirks Oppeln entschädigt werden. Im Gegenzug sollte die Sowjetunion die diplomatischen Beziehungen zu den Polen wiederaufnehmen und Vorkehrungen für die Rückkehr der polnischen Regierung nach Polen sowie „ihre Beteiligung an der Verwaltung des Landes, sobald es die militärischen Erfordernisse erlauben“, treffen. Die Polen sollten aufgefordert werden, sich dem vorgeschlagenen sowjetisch-tschechoslowakischen Vertrag anzuschließen. Die Sowjets, hieß es in dem Memorandum, seien nicht berechtigt, Umbesetzungen in der polnischen Regierung oder die Aufnahme von ZPP-Mitgliedern in das Kabinett zu verlangen. Die von Sargent befürwortete Teilnahme Großbritanniens an dem vorgeschlagenen Dreimächtevertrag lehnte Eden allerdings ab, da dies, wie er einwandte, ein Engagement in einer Region wäre, in welcher der britische Einfluss nicht groß sein könne.<sup>75</sup>

Gelegentlich ist die Ansicht vertreten worden, die „polnische Frage“ sei auf der Konferenz von Teheran beigelegt worden. In Wirklichkeit wurde dort jedoch keine klare Vereinbarung erreicht. Churchill teilte Stalin am 28. November mit, dass er eine Verschiebung Polens nach Westen befürworte, damit die Sowjetunion die von ihr gewünschte Westgrenze erhalte.<sup>76</sup>

---

<sup>71</sup> Ebd., C13642/258/55.

<sup>72</sup> PRO, W.M. (43) 156, abgedr. in: POLONSKY, Powers, S. 158.

<sup>73</sup> PRO, F.O. 371, C13865/258/55, abgedr. ebd., S. 159 f.

<sup>74</sup> PRO, S.P. (43) 528, abgedr. ebd., S. 160-163.

<sup>75</sup> PRO, F.O. 371, C14692/258/55.

<sup>76</sup> PRO, W.P. (44) 8, abgedr. in: POLONSKY, Powers, S. 163 f.

Roosevelt äußerte sich in einem Privatgespräch mit Stalin am 1. Dezember ähnlich, erklärte ihm aber auch, dass er keine öffentliche Erklärung in diesem Sinne abgeben könne, da er die Stimmen von „sechs bis sieben Millionen Amerikanern polnischer Herkunft“ brauche.<sup>77</sup> In den Moskauer Gesprächen im Oktober 1944 behaupteten die Sowjets, Roosevelt habe sich, bei einem Verbleib von Lemberg bei Polen, auf die Curzon-Linie festgelegt, was Harriman jedoch bestritt.<sup>78</sup> Man konnte die Wahrheit zwar noch nicht wissen, aber die Sowjets waren überzeugt, dass solche Äußerungen gemacht worden waren, und wie Eden später einräumte, waren Roosevelts Bemerkungen „kaum geeignet, die Russen zu zügeln“.<sup>79</sup> In der ausführlicheren Diskussion am 1. Dezember über die Frage wurden die Differenzen zwischen beiden Seiten deutlich.<sup>80</sup> Man einigte sich auf die Curzon-Linie als künftige polnische Ostgrenze, und Churchill versicherte, er werde „wegen Lemberg kein großes Geschrei machen“. Die Polen sollten im Westen „bis zur Linie der Oder“ entschädigt werden. Churchill schlug dann eine Formel vor, die eine Einigung über die Grenzen des polnischen Staats enthielt und die zu akzeptieren die Polen gedrängt werden sollten. Offenbar stellte er sich vor, dass die Sowjets als Gegenleistung für die Zustimmung der Polen die Beziehungen zur polnischen Regierung in London wieder aufnehmen würden. Stalin erklärte, er werde Churchills Formel zustimmen, sofern die Sowjetunion Königsberg erhalte, einschließlich der Hälfte von Ostpreußen. In früheren Unterredungen hatte er indes bereits klargestellt, er sei „keineswegs sicher, dass die polnische Exilregierung jemals jene Art von Regierung gewesen ist, die sie sein sollte“.

Welcher Art die Vereinbarung mit den Polen nach sowjetischen Vorstellungen sein sollte, zeigte sich, als am 12. Dezember 1943 der sowjetisch-tschechoslowakische Vertrag unterzeichnet wurde. Er enthielt ein Protokoll, in dem Vorkehrungen für den Fall getroffen wurden, dass „ein drittes Land, welches an die UdSSR und die Tschechoslowakische Republik grenzt und gegenwärtig Gegenstand des deutschen Aggressionskrieges ist“, in Zukunft dem Vertrag beizutreten wünsche.<sup>81</sup> Damit konnte nur Polen gemeint sein, was Beneš und Ripka auch nach Vertragsunterzeichnung in Reden klarstellten.<sup>82</sup> Churchill hatte es nach Teheran eilig, die Angelegenheit zu erledigen. Aus Marrakesch, wo er sich von einer Krankheit erholte,

---

<sup>77</sup> FRUS, Teheran, S. 594, abgedr. ebd., S. 164 f.

<sup>78</sup> Siehe ANTHONY EDEN, *The Eden Memoirs. The Reckoning*, London 1965, S. 428.

<sup>79</sup> Ebd.

<sup>80</sup> PRO, W.P. (44) 8, abgedr. in: POLONSKY, Powers, S. 165-168.

<sup>81</sup> PRO, F.O. 371, C14740/525/12.

<sup>82</sup> Soviet War News, 24. 12.1943 (Beneš); Czechoslovak News Letter, 17.12.1943 (Ripka).

telegrafierte er Eden am 20. Dezember, er solle „mit den Polen die polnische Grenzfrage erörtern“.<sup>83</sup> Der Außenminister sprach am 17., 20. und 24. Dezember mit Raczyński und Mikołajczyk über diese Frage, konnte sie aber nicht überzeugen.<sup>84</sup> Lediglich zur Anfertigung eines Aide-Mémoire konnte er sie bewegen. In der Niederschrift wurde als Erwiderung auf den von den Sowjets in Teheran erhobenen Vorwurf, die von London aus geleitete Untergrundbewegung (die Heimatarmee) würde Mitglieder pro-sowjetischer Untergrundgruppen töten, der polnische Wunsch nach einer Zusammenarbeit zwischen AK und sowjetischen Partisanen in Polen betont.<sup>85</sup> Doch die Aussichten auf eine Einigung verringerten sich weiter, als durch eine Erklärung der polnischen Regierung aus Anlass des historischen Überschreitens der polnischen Ostgrenze von 1921 durch die Rote Armee eine polnisch-sowjetische Polemik ausgelöst wurde.<sup>86</sup> Das britische Außenministerium, das starken Druck auf die Polen ausgeübt hatte, den Ton ihrer Noten vom 5. und 14. Januar 1944 zu mäßigen, war enttäuscht über den scharfen Ton der sowjetischen Erwiderung vom 17. Januar. Dieser Notenwechsel hatte Folgen. Offenbar veranlasste er die Sowjets, eine härtere Haltung gegenüber den Polen einzunehmen. Fedor Gusev, der sowjetische Botschafter in London, beklagte sich am 17. Januar bei Eden, man habe „die Curzon-Linie angeboten, und die Polen haben sie nicht angenommen“.<sup>87</sup> Dementsprechend forderten die Sowjets jetzt eine Umbildung der polnischen Regierung unter Ausschluss „der profaschistischen, imperialistischen Elemente“ und die Aufnahme von „demokratisch gesinnten Menschen“.<sup>88</sup> Außerdem verstärkten sie die Förderung der pro-sowjetischen Kräfte in Polen. Am 22. Januar wurde ein Landesnationalrat (*Krajowa Rada Narodowa*) gegründet, der bald darauf Kontakt zum ZPP aufnahm.

Die Polen andererseits begriffen, dass eine bloß negative Einstellung nicht mehr möglich war, und baten im letzten Satz ihrer Note vom 14. Januar die britische und die amerikanische Regierung, zwischen ihnen und den Sowjets zu vermitteln.<sup>89</sup> Hull wies Harriman daraufhin am 15. Januar an, die Sowjets zu bitten, „das polnische Angebot, über alle offenen Fragen

---

<sup>83</sup> PRO, F.O. 371, C15015/258/55, abgedr. in: POLONSKY, Powers, S. 169 f.

<sup>84</sup> Ebd., C15252/258/55, abgedr. ebd., Powers, S. 170 f.

<sup>85</sup> DOPSR, Bd. 2, Nr. 66.

<sup>86</sup> Ebd., Nr. 70, 80.

<sup>87</sup> PRO, F.O. 371, C736/8/55.

<sup>88</sup> Briefwechsel Stalins, Nr. 236, S. 246 f.

<sup>89</sup> DOPSR, Bd. 2, Nr. 77.

zu sprechen, mit größtem Wohlwollen in Erwägung zu ziehen“.<sup>90</sup> Die sowjetische Antwort war ernüchternd. Molotov beschied Hull am 23. Januar, dass „die Bedingungen für eine Vermittlung leider noch nicht herangereift“ seien, da die polnische Regierung die Curzon-Linie abgelehnt habe. Eine „grundlegende Verbesserung“ ihrer Zusammensetzung sei erforderlich.<sup>91</sup> Das kam indessen für die Amerikaner nicht in Frage.<sup>92</sup>

Churchill hielt nach seiner Rückkehr aus Marrakesch ein energischeres Vorgehen für nötig und verstärkte den Druck auf die polnische Regierung, ihre unnachgiebige Haltung aufzugeben. Wenn sie nicht mehr Entgegenkommen zeige, erklärte er dem Kriegskabinett am 25. Januar, bestehe die ernste Gefahr, dass die Sowjets eine eigene Marionettenregierung in Warschau installieren würden.<sup>93</sup> Außerdem schrieb er am 28. Januar an Stalin, um ihm von seinen Bemühungen zu berichten, die Polen zur Einwilligung in eine Vereinbarung zu bewegen.<sup>94</sup> Stalin verlangte in seiner Antwort erneut eine Umbildung der polnischen Regierung sowie die Anerkennung der Curzon-Linie.<sup>95</sup> Es folgten zwei Wochen intensiver Verhandlungen, in denen Churchill die Polen schließlich dazu brachte, die Curzon-Linie faktisch anzuerkennen, auch wenn der endgültige Grenzverlauf erst auf der Friedenskonferenz nach Kriegsende festgelegt werden sollte. Außerdem sollte die Heimatarmee neue Anweisungen erhalten, denen zufolge ihre lokalen Kommandeure, wenn die Rote Armee in einen Bezirk vorrückte, den sowjetischen Kommandeuren ihre Identität offenbaren und ihre Aktivitäten gegen die Deutschen mit ihnen absprechen sollten. Ferner sagte die polnische Regierung zu, „in ihre Reihen nur solche Personen aufzunehmen, die zur vollen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion entschlossen sind“.<sup>96</sup> Churchill unterbreitete Stalin in einem Brief vom 21. Februar einen entsprechenden Vorschlag,<sup>97</sup> den der Sowjetführer am 28. Februar in einer Unterredung mit Clark Kerr<sup>98</sup> sowie am 3. März in einem Brief an Churchill ablehnte.<sup>99</sup> Dafür kann man eine ganze Reihe von Gründen anführen. Die vorgeschlagene Vereinbarung war vage, und wenn man Stalins tiefes

---

<sup>90</sup> FRUS, 1944, Bd. 3, S. 1288 f.

<sup>91</sup> Briefwechsel Stalins, S. 834 f.

<sup>92</sup> FRUS, 1944, Bd. 3, S. 1234 f.

<sup>93</sup> PRO, W.M. (44) 11.I.C.A., abgedr. in: POLONSKY, Powers, S. 175 f.

<sup>94</sup> Briefwechsel Stalins, Nr. 235, S. 241-245.

<sup>95</sup> Ebd., Nr. 236, S. 245 ff.

<sup>96</sup> POLONSKY, Powers, S. 185 f.

<sup>97</sup> Briefwechsel Stalins, Nr. 243, S. 251-256.

<sup>98</sup> PRO, F.O. 371, C2793/8/55, abgedr. in: POLONSKY, Powers, S. 186 f.

<sup>99</sup> Briefwechsel Stalins, Nr. 250, S. 259 f.

Misstrauen gegenüber der polnischen Regierung bedenkt, fürchtete er wahrscheinlich, dass sie versuchen würde, die vereinbarten Bedingungen zu umgehen. Außerdem wollte er der polnischen Regierung vermutlich klar machen, dass sie gegenüber der Sowjetunion eine untergeordnete Position einnahm. Die Forderung nach expliziter Anerkennung der Curzon-Linie und sofortiger Umbildung der Regierung kann als Ausdruck dieser Absicht gewertet werden. Ferner dürfte Stalin die britische Vermittlerrolle nicht behagt haben. Schließlich glaubte er nicht, dass die Briten ernsthaft hinter den vorgeschlagenen Vereinbarungen standen. Noch am 27. Juli 1945 sagte er zu Mikołajczyk: „Churchill vertraut uns nicht, und infolgedessen können auch wir ihm nicht voll vertrauen.“<sup>100</sup> Es folgte ein mit scharfen Worten geführter Briefwechsel,<sup>101</sup> der die Briten veranlasste, ihren Vermittlungsversuch zu beenden. Churchill schrieb Eden am 1. April sogar, der richtige Kurs wäre, „soweit es Stalin betrifft, in ein verstimmttes Schweigen zu verfallen“.<sup>102</sup> Außerdem war er jetzt der Ansicht, dass man den von Mikołajczyk gewünschten Besuch in den USA unterstützen sollte, um den Sowjets zu zeigen, dass die Polen „nicht ganz ohne Freunde dastehen“.<sup>103</sup> Zur gleichen Zeit erklärte Frank Roberts, der Leiter der Zentralabteilung des britischen Außenministeriums, in einem Memorandum vom 27. März, dass es weder im britischen noch im polnischen Interesse liege, „mit Russland über Polen zu streiten“. Ein „Polen unter sowjetischem Einfluss“, fuhr er fort, stehe „in keiner Weise im Widerspruch zu britischen Interessen, vorausgesetzt, es gibt eine gewisse reale Unabhängigkeit und die Russen benehmen sich in Polen“.<sup>104</sup>

Mikołajczyk war weiterhin überzeugt, die Stärke der Heimatarmee würde die Sowjets bewegen, eine nachgiebigere Haltung einzunehmen. Das war eine grundsätzliche Fehleinschätzung, da die Existenz einer starken nicht kommunistischen Untergrundbewegung in Polen bei den Sowjets weit eher Besorgnis und Misstrauen hervorrufen musste. Mikołajczyk maß der im April vereinbarten Zusammenarbeit zwischen einem AK-Kommandeur in Wolhynien und der Roten Armee eine übertriebene Bedeutung bei. Er leitete den Text der Vereinbarung sogar an die britische Regierung weiter, und Churchill berichtete am 11. April dem Kriegskabinett darüber.<sup>105</sup>

---

<sup>100</sup> FRUS, Potsdam, Bd. 2, Nr. 1388.

<sup>101</sup> Briefwechsel Stalins, Nr. 250, 256, 257, S. 260 f., 263-267.

<sup>102</sup> PRO, F.O. 371, N2128/8/55.

<sup>103</sup> Ebd., C3046/8/55.

<sup>104</sup> Ebd., C4302/8/55, abgedr. in: POLONSKY, Powers, S. 191 f.

<sup>105</sup> PRO, W.M. (44) 47.2.C.A.

Gleichwohl gab es Anzeichen dafür, dass die Sowjets bereit waren, eine konziliantere Haltung einzunehmen. Als der Pastor Stanisław Orlemański und der Professor Oskar Lange von der Chicagoer Universität, zwei Polen, die als Gegner der Londoner Exilregierung bekannt waren, Ende April beziehungsweise im Mai die Sowjetunion besuchten, gewährte ihnen Stalin einen gewissen Einblick in sein Denken. Er sei zwar „ziemlich sicher“, dass die Ereignisse in Polen für ihn günstig verliefen, erklärte er Lange, aber „die Tür zu einer Verständigung“ mit der Londoner Exilregierung sei „nie geschlossen“. Polen, fuhr er fort, solle auf Kosten Deutschlands „bis nach Stettin hin“ entschädigt werden. Er habe nicht die Absicht, sich in die inneren Angelegenheiten Polens einzumischen, werde aber versuchen, in der Außenpolitik seinen Einfluss geltend zu machen. In der Frage, ob Lemberg zu Polen gehören sollte oder nicht, schien sich Stalin, nach Langes Eindruck, noch nicht schlüssig zu sein.<sup>106</sup> Darüber hinaus nahmen die Sowjets durch ihren Londoner Botschafter Viktor Lebedev direkten Kontakt zur polnischen Regierung auf.

Die ersten Fühlungenahmen erfolgten, bevor Mikołajczyk Mitte Juni zu seiner Amerikareise aufbrach, die kaum mehr als eine unterschriebene Fotografie des US-Präsidenten einbrachte. Roosevelt drängte Mikołajczyk, seine Regierung umzubilden, unterstützte aber in gewissem Umfang polnische Gebietsansprüche im Osten. Er sei kein Befürworter der Curzon-Linie, erklärte er, und werde „zu gegebener Zeit“ intervenieren, um Polen Lemberg, Drohobytsch und Tarnopol zu sichern. Im Übrigen hoffe er, dass Stalin nicht vorhabe, Polen zu „sowjetisieren“. Mikołajczyk solle nach Moskau reisen, um die polnischen Anliegen mit Stalin selbst zu besprechen.<sup>107</sup> Roosevelt seinerseits schrieb Stalin in diesem Sinne.<sup>108</sup> Der Sowjetführer antwortete, es sei für ihn „gegenwärtig sehr schwierig, irgendeine Meinung über eine Reise von Herrn Mikołajczyk nach Moskau zu äußern“, da dieser in der Grenzfrage keinen „Schritt vorwärts gemacht“ habe.<sup>109</sup>

Mikołajczyk setzte nach seiner Rückkehr aus Washington die Gespräche mit Lebedev fort. Inzwischen war er überzeugt, die Sowjets wären zu der Einsicht gelangt, dass die prosowjetischen Gruppen in Polen zu schwach seien, um eine Regierung zu bilden, und dass sie deshalb Interesse an einer Verständigung mit der polnischen Regierung in London haben müssten.<sup>110</sup>

---

<sup>106</sup> PRO, F.O. 371, C6755, 6758, 6764, 6765/8/55, abgedr. in: POLONSKY, Powers, S. 197 ff.

<sup>107</sup> FRUS, 1944, Bd. 3, S. 1285-1289.

<sup>108</sup> Briefwechsel Stalins, Nr. 203, S. 629 f.

<sup>109</sup> Ebd., Nr. 206, S. 631 f.

<sup>110</sup> So hatte er sich gegenüber Roosevelt geäußert, vgl. FRUS, 1944, Bd. 3, S. 1286, abgedr. in: POLONSKY, Powers, S. 200.

Er zeigte sich daher nicht allzu entgegenkommend und sagte Lebedev am 20. Juni, seine Regierung verlange die sofortige Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen, die Ausarbeitung eines gemeinsamen Militärplans von AK und Roter Armee sowie eine administrative Zusammenarbeit mit den vorrückenden sowjetischen Militärbehörden. Die Behandlung von Grenzfragen sei bis Kriegsende aufzuschieben. Im weiteren Verlauf des Gesprächs erklärte er, eine provisorische Demarkationslinie sollte östlich der Curzon-Linie gezogen werden. Lebedev wies diese Bedingungen am 23. Juni zurück und forderte seinerseits den Rücktritt des polnischen Staatspräsidenten Władysław Raczkiewicz sowie von Oberbefehlshaber Sosnkowski, dem polnischen Botschafter Kot und Verteidigungsminister Kukiel, zudem verlangte er eine entsprechende Regierungsumbildung, ferner die Verurteilung des „Fehlers“ der polnischen Regierung in Bezug auf Katyn und die Zustimmung zur Curzon-Linie.<sup>111</sup> „Sie haben den Mund zu voll genommen, und Russland hat auf stur gestellt“, kommentierte Eden das Scheitern der Verhandlungen.<sup>112</sup>

Nach dem Abbruch der Gespräche erhöhten die Sowjets den Druck auf die Polen. Vertreter des polnischen Nationalrats reisten Ende Juni und Anfang Juli zu Gesprächen mit den Sowjets und dem ZPP nach Moskau, wo sie auch mit den Botschaftern Großbritanniens und der USA zusammenkamen.<sup>113</sup> Ende Juli näherte sich die Rote Armee der Curzon-Linie, und am 23. Juli schrieb Stalin an Churchill, da die Sowjetunion nicht die Absicht habe, eine eigene Verwaltung in Polen zu errichten, gestatte er dem am 21. Juli vom Nationalrat geschaffenen Polnischen Komitee der Nationalen Befreiung, eine solche Verwaltung aufzubauen. Diese sei nicht als polnische Regierung zu betrachten, könne aber „in Zukunft den Kern für eine provisorische polnische Regierung aus demokratischen Kräften bilden“.<sup>114</sup> Am 25. Juli erkannten die Sowjets das PKWN als „einzige rechtmäßige Organisation der Exekutivgewalt“ in Polen an.<sup>115</sup> Letztlich lief ihre Politik auf die Forderung hinaus, eine neue polnische Regierung aus Vertretern der PKWN und „demokratischen Kräften“ der Exilregierung in London zu bilden. In seinem Brief vom 23. Juli hatte Stalin auf Churchills Bitte hin, Mikołajczyk in Moskau zu empfangen, geantwortet, er lehne dies „natürlich nicht ab“, aber Mikołajczyk solle sich besser an das PKWN wenden,

---

<sup>111</sup> Über diese Gespräche berichtete Eden in einem Telegramm an Clark Kerr am 8.7.1944, PRO, F.O. 371, C8860/8/55, abgedr. in: POLONSKY, Powers, S. 204-206.

<sup>112</sup> PRO, F.O. 371, C9096/8/55.

<sup>113</sup> FRUS, 1944, Bd. 3, S. 1423 f.

<sup>114</sup> Briefwechsel Stalins, Nr. 301, S. 300 f.

<sup>115</sup> Pravda, 25. Juli 1944.

„das sich ihm gegenüber wohlwollend verhält“. <sup>116</sup> Die Briten spürten, dass ihre Position durch den Gang der Ereignisse immer unhaltbarer wurde. Sie drängten Mikołajczyk, seine geplante Moskau-Reise nicht abzusagen, und Churchill schrieb am 26. Juli an Stalin: „Ich bin sicher, dass Herr Mikołajczyk sehr darum bemüht ist, zum Zusammenschluss aller Polen auf jener Grundlage beizutragen, über die Sie, ich und der Präsident, wie ich glaube, Einigung erzielt haben.“ <sup>117</sup> Das war eine weitgehende Abkehr von der Linie, die er noch einige Monate früher vertreten hatte.

Während Mikołajczyks Aufenthalt in Moskau, wo er sich vom 4. bis zum 10. August 1944 aufhielt, entwickelte sich ein gutes Verhältnis zwischen ihm und Stalin. Mikołajczyk war „zumindest teilweise überzeugt“, dass der Sowjetführer nicht beabsichtige, Polen kommunistisch zu gestalten, blieb gegenüber dem PKWN aber misstrauisch. Stalin forderte wiederum die Anerkennung der Curzon-Linie und versprach eine Kompensation im Westen, einschließlich Stettins und Breslaus. Außerdem riet er Mikołajczyk, sich um eine Vereinbarung mit dem PKWN zu bemühen. Doch dessen Gespräche mit dem Komitee blieben trotz der freundlichen Atmosphäre ergebnislos. Das PKWN verlangte die Außerkraftsetzung der Verfassung von 1935 und die Bildung einer neuen Regierung, in der das Komitee selbst 14 von 18 Mitgliedern stellen wollte. Einig war man sich lediglich darüber, dass beide Seiten von gegenseitigen öffentlichen Anschuldigungen absehen sollten. Außerdem beschloss Mikołajczyk, nach seiner Rückkehr nach London Präsident Raczkiewicz durch eine Moskau genehmere Persönlichkeit zu ersetzen. Danach würde er, wie er hoffte, die Gespräche wieder aufnehmen können, und nach der Einnahme Warschaus würden einige seiner Kollegen in die Hauptstadt reisen und sich mit dem PKWN über die Bildung einer neuen Regierung einigen können. Sein Ziel bestand darin, „alle Fraktionen in einer Regierung zu versammeln, die auf einer rechtlichen Grundlage beruht und das Land bis zu dem Zeitpunkt zusammenhalten kann, an dem wahrhaft freie Wahlen abgehalten werden können“. <sup>118</sup>

Durch den Ausbruch des Warschauer Aufstands am 1. August wurde Mikołajczyks Aufgabe erheblich erschwert. Der Aufstand fand hauptsächlich auf Anweisung des AK-Kommandos in Polen statt, das die Spaltung der polnischen Regierung zwischen Mikołajczyk und Sosnkowski genutzt hatte, um seine eigene Politik für den Untergrundkampf durchzusetzen. Diese Politik beruhte auf einer simplen Strategie: Die Heimatarmee würde,

---

<sup>116</sup> Briefwechsel Stalins, Nr. 301, S. 300 f.

<sup>117</sup> Ebd., Nr. 305, S. 304 f.

<sup>118</sup> Zu diesen Gesprächen vgl. PRO, F.O. 371, C10240, 10439, 10460, 10461, 10483/8/55; FRUS, 1944, Bd. 3, S. 1305-1315; DOPSR, Bd. 2, Nr. 180, 186, 187.

ohne die Russen vorher zu informieren, in Warschau einen Aufstand auslösen und die Macht übernehmen, sobald die Deutschen sich zurückzogen. Danach würde man eine auf London orientierte Regierung bilden können. Die Sowjets ständen dann vor der Wahl, sich entweder mit den Londoner Stellen zu einigen oder aber die Warschauer Regierung zu zerschlagen und zu riskieren, die westliche Öffentlichkeit gegen sich aufzubringen.<sup>119</sup> Das Ganze war ein Glücksspiel, das auf katastrophale Weise fehlschlug. Die AK hätte nur Erfolg haben können, wenn die Rote Armee Warschau bald nach Ausbruch des Aufstands eingenommen hätte. Doch schon, als das Vorhaben in Gang gesetzt wurde, war klar, dass die Deutschen den sowjetischen Vorstoß aufgehalten hatten und die Rote Armee mindestens zwei Wochen nicht in der Lage sein würde, Warschau zu erobern. Mikołajczyk hatte der Entscheidung, zum Aufstand aufzurufen, nicht widersprochen, da auch er gehofft hatte, dessen Erfolg würde seine Verhandlungsposition gegenüber den Sowjets und dem PKWN stärken. Doch der ausbleibende Rückzug der Deutschen und das lange Martyrium Warschaus untergruben seine Position. Tatsächlich kündigte er Eden am 5. September sogar an, dass er zum Rücktritt gezwungen sein könnte.<sup>120</sup>

Die sowjetische Einstellung zum Aufstand durchlief mehrere Phasen. Anfangs standen die Sowjets dem Aufstand, obwohl sie seine Bedeutung herunterspielten, keineswegs ablehnend gegenüber, und am 9. August teilte Stalin Mikołajczyk mit, dass die Sowjetunion Waffen für die Untergrundkräfte in Warschau abwerfen werde.<sup>121</sup> Als die politischen Implikationen deutlicher wurden, verhärtete sich die sowjetische Haltung. In einem Tass-Kommuniqué vom 12. August sowie einem Brief Stalins an Churchill vom 16. August, in dem der Sowjetführer auf das Ersuchen nach sowjetischer Hilfe für die Aufständischen antwortete, wurde der Aufstand scharf verurteilt.<sup>122</sup> Die Sowjets verweigerten amerikanischen Flugzeugen sogar die Erlaubnis, Hilfsflüge nach Warschau durchzuführen und anschließend auf sowjetischen Flugplätzen zu landen.<sup>123</sup> Dies hatte mehrere vergebliche Demarchen des britischen und des amerikanischen Botschafters in Moskau zur Folge, aus denen Roosevelts Sondergesandter in Europa, Harriman, den Schluss zog, dass das sowjetische Handeln von „rücksichtslosen politi-

---

<sup>119</sup> Vgl. JAN CIECHANOWSKI, *The Warsaw Rising of 1944*, Cambridge, London, New York 1974.

<sup>120</sup> PRO, F.O. 371, C843/8/55.

<sup>121</sup> FRUS, 1944, Bd. 3, S. 1308, abgedr. in: POLONSKY, Powers, S. 211.

<sup>122</sup> Tass-Kommuniqué, 12. August 1944; Briefwechsel Stalins, Nr. 317, 321, S. 312, 314 f.

<sup>123</sup> PRO, F.O. 371, C1073/8/55, abgedr. in: POLONSKY, Powers, S. 215.

schen Erwägungen“ bestimmt werde.<sup>124</sup> Auch Roosevelt und Churchill, die Stalin am 20. August einen gemeinsamen Brief sandten,<sup>125</sup> erhielten eine schroffe Antwort.<sup>126</sup> Darauf reagierten London und Washington unterschiedlich. Die Amerikaner und insbesondere Roosevelt wollten ihre Shuttle-Bombing-Vereinbarung mit der Sowjetunion nicht gefährden, und sie wagten es deshalb nicht, in der Frage der Hilfe für Warschau einen harten Kurs einzuschlagen. Roosevelt weigerte sich daher, eine weitere gemeinsame Botschaft an Stalin zu unterschreiben.<sup>127</sup> Das war für das britische Kabinett nichts Neues, und so sandte es Stalin am 4. September allein eine geharnischte Note.<sup>128</sup> Sie war insofern erfolgreich, da die Sowjets ihre Haltung änderten<sup>129</sup> und einen bedeutenden Hilfsflug nach Warschau erlaubten, der am 18. September stattfand. Eine zweite Abwurfaktion erlaubten sie jedoch nicht, und am 4. Oktober ergaben sich die Aufständischen schließlich.

Der Erfolg der Note vom 4. September veranlasste Churchill, einen weiteren Versuch zur Lösung des „polnischen Problems“ zu unternehmen. Unter dem starken britischen Druck entthob Präsident Raczkiewicz General Sosnkowski schließlich am 28. September seines Postens.<sup>130</sup> Außerdem erreichten Eden und Churchill, dass Mikołajczyk von Stalin zu Gesprächen nach Moskau eingeladen wurde, wo er in der zweiten Oktoberwoche eintraf.<sup>131</sup> Die britische Regierung war sich der Schwäche ihrer Position bewusst. Wie Roberts am 4. Oktober in einem Memorandum schrieb, brauchten die Sowjets nur eine Einigung hinauszuzögern, um ihre Ziele durchzusetzen.<sup>132</sup> Die Briten setzten daher in Moskau ihre ganze Überredungskraft ein, um die Polen dazu zu bewegen, eine Vereinbarung abzuschließen, bevor die Situation noch schlechter wurde. Sie konnten Mikołajczyk davon überzeugen, die Curzon-Linie als polnisch-sowjetische Grenze zu akzeptieren, sofern Lemberg bei Polen blieb. Doch das war für

---

<sup>124</sup> FRUS, 1944, Bd. 3, S. 1375 ff.; PRO, F.O. 371, C10730/8/55.

<sup>125</sup> FRANKLIN D. ROOSEVELT, Papers as President. President's Secretary's File (fortan: Roosevelt Papers) (1933–1945), Poland.

<sup>126</sup> Briefwechsel Stalins, Nr. 323, S. 315 f.

<sup>127</sup> PRO, F.O. 371, C11362/61/55.

<sup>128</sup> Roosevelt Papers, Poland, abgedr. in: POLONSKY, Powers, S. 218 f.

<sup>129</sup> Ebd., abgedr. ebd., S. 220.

<sup>130</sup> Ebd.

<sup>131</sup> Zu den britischen Akten über diese Gespräche siehe PRO, F.O. 371, C14300, 14984, 14222, 14985, 14223, 14291 14551, 14553/8/55; zu den polnischen Akten siehe DOPSR, Bd. 2, Nr. 237–246; zu Harrimans Darstellung siehe FRUS, 1944, Bd. 3, S. 1322–1326; Ebd., Yalta, S. 204 f.

<sup>132</sup> PRO, F.O. 371, C1410/8/55.

Stalin unannehmbar. Daraufhin stimmten die Polen der Curzon-Linie ohne Lemberg zu, aber als „Demarkationslinie“, was Stalin ebenfalls zurückwies. Danach kehrte Mikołajczyk nach London zurück, um seinen Anhängern die Annahme der sowjetischen Bedingungen schmackhaft zu machen. Stalin hatte Churchill am 18. Oktober ferner mitgeteilt, dass Mikołajczyk als Ministerpräsident die Hälfte der Kabinettsitze in einer umgebildeten Regierung an seine Anhänger vergeben könne. Anschließend korrigierte er sich allerdings „rasch zugunsten einer schlechteren Zahl“. <sup>133</sup> Die Aufgabe, sein Kabinett zur Annahme der sowjetischen Bedingungen zu bewegen, erwies sich als schwieriger, als Mikołajczyk erwartet hatte. Um die Schwankenden auf seine Seite zu ziehen, stellte er der britischen Regierung am 31. Oktober drei Fragen. Es ging ihm um eine Garantie, dass Polen die versprochene Entschädigung im Westen auf Kosten Deutschlands erhalten würde, auch wenn die US-Regierung in dieser Angelegenheit nicht viel Engagement zeigen sollte. Die britische Antwort am 3. November war beruhigend, <sup>134</sup> doch dem polnischen Kabinett genügten die Versicherungen nicht. Es lehnte Mikołajczyks Kurs noch am selben Tag ab. Mikołajczyk zögerte, den Briten dieses Ergebnis mitzuteilen (er hatte am 2. November einen ätzenden Angriff Churchills ertragen müssen). In einem letzten Versuch, sein Kabinett zu überzeugen, bat er die USA um Zusicherungen in einer Reihe von Punkten. <sup>135</sup> Roosevelt antwortete am 17. November. <sup>136</sup> Seine Ausführungen waren „weniger unverbindlich und nutzlos“, als von den Polen befürchtet; <sup>137</sup> gleichwohl wurde deutlich, dass nur eine Minderheit Mikołajczyks Position unterstützte. Infolgedessen trat er am 24. November als Ministerpräsident zurück und teilte Harriman die Gründe für diesen Schritt mit. <sup>138</sup> Nach einigen Schwierigkeiten wurde am 19. November eine weniger kompromissbereite Regierung unter dem Altsozialisten Tomasz Arciszewski gebildet.

Nach Mikołajczyks Rücktritt standen die Briten praktisch ohne eine politische Linie da. Entgegen Churchills Hoffnung, dass sich Arciszewskis Regierung als kurzlebig erweisen würde, saß sie bald zu fest im Sattel, um ohne Weiteres gestürzt werden zu können. Churchill widersprach Clark Kerrs Auffassung, eine Anerkennung der neuen Regierung würde einen „Frontalzusammenstoß mit Stalin“ nach sich ziehen, er beschränkte die

---

<sup>133</sup> Ebd., C14877/8/55.

<sup>134</sup> DOPSR, Bd. 2, Nr. 256.

<sup>135</sup> PRO, F.O. 371, C15225/8/55; DOPSR, Bd. 2, Nr. 257.

<sup>136</sup> FRUS, 1944, Bd. 3, S. 1334 f., abgedr. in: POLONSKY, Powers, S. 227 f.

<sup>137</sup> PRO, F.O. 371, C16359/8/55.

<sup>138</sup> FRUS, 1944, Bd. 3, S. 1335 f., abgedr. in: POLONSKY, Powers, S. 228 f.

offiziellen Kontakte zu ihr aber auf ein Minimum.<sup>139</sup> Am 3. Dezember 1944 schrieb er Stalin, um ihm zu erklären, dass die Anerkennung der neuen polnischen Exilregierung keinen Kurswechsel bedeute und er auf eine baldige Rückkehr Mikołajczyks an die Macht hoffe.<sup>140</sup> Stalin erwiderte am 8. Dezember, inzwischen sei deutlich geworden, dass Mikołajczyk „nicht imstande“ sei, „bei der Lösung der polnischen Frage zu helfen“, da er antisowjetischen Terrorismus gutgeheißen habe. Im Gegensatz dazu habe das PKWN „große Erfolge bei der Festigung seiner nationalen, demokratischen Organisationen auf dem Territorium Polens“ zu verzeichnen.<sup>141</sup>

Nach Roosevelts Wiederwahl waren die USA bereit, eine größere Rolle bei der Beilegung der „polnischen Frage“ zu spielen. Die Erklärung, die der neue amerikanische Außenminister Edward Stettinius am 18. Dezember abgab, war allerdings bewusst vage gehalten. Stettinius betonte lediglich, dass die Vereinigten Staaten es zwar vorzögen, die Regelung von Grenzfragen bis nach Kriegsende aufzuschieben, eine zwischen der Sowjetunion und Polen ausgehandelte Lösung aber unterstützen würden. Auf die Entschädigung Polens auf Kosten Deutschlands für seine Verluste im Osten ging er nicht direkt ein.<sup>142</sup> Stalin antwortete auf den Brief, in dem Roosevelt ihm diese Erklärung geschickt hatte, mit der Mitteilung, dass die Sowjetunion durch die Ereignisse in Kürze gezwungen sein könnte, das PKWN als provisorische Regierung Polens anzuerkennen, denn sie sei mehr als jedes andere Land an einem „demokratischen und den Alliierten gegenüber friedlich gesinnten Polen“ interessiert, da dieser Staat „ein Nachbarstaat der Sowjetunion“ sei.<sup>143</sup> Tatsächlich gab Moskau am 31. Dezember die Umwandlung des PKWN in eine provisorische Regierung bekannt.

Die britische Politik wurde in einem Memorandum dargelegt, das Christopher Warner, der Leiter der Nordabteilung des Außenministeriums, am 27. Januar 1945 zur Vorbereitung der Konferenz von Jalta verfasste. Das Außenministerium hatte zuvor in diesem Monat bereits einen von Cripps unterbreiteten Vorschlag abgelehnt, in London eine Konferenz abzuhalten, um eine „repräsentativere“ polnische Regierung in London zu bilden. Zur Begründung führte Cripps aus, dass es sinnvoller sei, „die Lubliner Regierung zu ‚unterwandern‘, indem man es Mikołajczyk und anderen politischen Führern und Gruppen, die für eine polnisch-russische Entspannung

---

<sup>139</sup> PRO, F.O. 371, C16310/8/55.

<sup>140</sup> Briefwechsel Stalins, Nr. 362, S. 344 ff.

<sup>141</sup> Ebd., Nr. 317, S. S. 312.

<sup>142</sup> FRUS, 1944, Bd. 3, S. 1346 f.

<sup>143</sup> Briefwechsel Stalins, Nr. 254, S. 668 ff.

arbeiten wollen, ermöglicht, nach Lublin zu gehen, solange die Lubliner Leute sie noch willkommen heißen“.<sup>144</sup> Warner schrieb in seinem Memorandum, Hauptziele der britischen Politik sollten die Gewährleistung freier Wahlen in Polen sowie eine Vereinbarung mit den Sowjets sein, in Polen ein Interimsregime zu errichten, das „die Gefahr eines Bürgerkriegs“ verhindere. Diese Ziele seien durch den Eintritt von Vertretern der drei Mitte- beziehungsweise Linksparteien im Exil in die Lubliner Regierung zu erreichen. Warner schlug verschiedene Methoden vor, wie dies durchgesetzt werden könnte.<sup>145</sup>

Auch der Umfang der von den Sowjets ins Auge gefassten Entschädigung Polens im Westen begann, Briten und Amerikanern Sorge zu bereiten. Erste Zweifel kamen im Juli 1944 auf, als das PKWN sein Manifest veröffentlichte,<sup>146</sup> und Roberts vom britischen Außenministerium wiederholte sie in seinem Memorandum vom 4. Oktober 1944.<sup>147</sup> Nach Mikołajczyks Sturz, durch den einer der Hauptgründe dafür wegfiel, die Notwendigkeit, die sowjetischen Bedingungen für den polnischen Ministerpräsidenten akzeptabel zu machen, verstärkten sich die Zweifel. So äußerte Clark Kerr starke Vorbehalte, nachdem Stefan Jędrychowski, der Repräsentant des PKWN in Moskau, in einem Artikel eine Grenze an Oder und Lausitzer Neiße für Polen gefordert hatte.<sup>148</sup> Die Entscheidung, die polnische Grenze so weit nach Westen zu verschieben, war sicherlich von Stalin getroffen worden. Damit sollte vermutlich einerseits die Legitimität des unpopulären neuen Regimes in Polen gestärkt, und es andererseits auf Dauer an die Sowjetunion gebunden werden, den einzigen Staat, der in der Lage war, es gegen ein wiedererstarktes Deutschland zu schützen. Sowohl Eden und das britische Außenministerium als auch Harriman teilten Clark Kerrs Unbehagen.<sup>149</sup> Am 2. Januar 1945 erklärte Eden im Kriegskabinett, er sei „entsetzt, wie weit die Polen das Maul aufreißen“.<sup>150</sup> In der Kabinettsitzung am 23. Januar äußerte er sich ähnlich,<sup>151</sup> und auch in dem

---

<sup>144</sup> PRO, F.O. 371, N198/6/55.

<sup>145</sup> Ebd., N1038/6/55.

<sup>146</sup> Ebd., C10529/8/55. Frank Roberts hielt den Anspruch des Komitees auf eine Westgrenze an Oder und Lausitzer Neiße für „schlichtweg beunruhigend“.

<sup>147</sup> Ebd., C1410/8/55.

<sup>148</sup> Ebd., C17671/8/55.

<sup>149</sup> FRUS, 1944, Bd. 3, S. 1347 ff.

<sup>150</sup> PRO, W.M. (45) 1.6.C.A.

<sup>151</sup> PRO, W.M. (45) 7.4.C.A.

Memorandum, das er dem Kriegskabinett am 26. Januar vorlegte, sowie in der anschließenden Diskussion brachte er seine Besorgnis zum Ausdruck.<sup>152</sup>

Vor der Konferenz von Jalta koordinierten Briten und Amerikaner ihre Positionen am 1. Februar bei einem Treffen zwischen Stettinius und Eden auf Malta.<sup>153</sup> Die beiden Außenminister stellten darin übereinstimmend fest, dass „die Zeit für eine ‚Fusion‘ von London und Lublin wahrscheinlich vorbei ist, und das einzige Heilmittel, das wir sehen, ist die Schaffung einer neuen, zur Abhaltung freier Wahlen verpflichteten Interimsregierung in Polen, sobald die Umstände es erlauben“. Ihr sollten Vertreter der Lubliner (jetzt Warschauer) Regierung sowie Polen aus dem Land und aus dem Exil angehören. Mitglieder der neuen Londoner Exilregierung sollten nicht vorgeschlagen werden, während Mikołajczyk, der Vorsitzende des polnischen Nationalrats, Stanisław Grabski, und der Direktor des Präsidialbüros des Ministerialrats, Adam Romer, einbezogen werden sollten. Die Briten waren bereit, die Curzon-Linie ohne Lemberg als polnische Ostgrenze anzuerkennen, während die Amerikaner die Sowjets drängen wollten, Lemberg den Polen zu überlassen. Was die polnische Westgrenze anging, wollte man die Oder-Neiße-Linie ablehnen.

In den Verhandlungen in Jalta nahm die „polnische Frage“ großen Raum ein.<sup>154</sup> Man einigte sich rasch darauf, dass die Curzon-Linie „mit Abweichungen in einigen Regionen von 5-8 km zugunsten Polens“ die polnische Ostgrenze bilden sollte. Lemberg wurde endgültig der Sowjetunion zugeschlagen. Hinsichtlich der Westgrenze erzielte man keine Einigung, beschloss aber einen Kompromiss, dem zufolge Polen im Norden und Westen bedeutende Gebiete erhalten und die neu zu bildende provisorische Regierung der Nationalen Einheit in Bezug auf den „Umfang der Erwerbungen“ konsultiert werden sollte. Der endgültige Verlauf der Westgrenze sollte auf der Friedenskonferenz festgelegt werden. Die Hauptschwierigkeit war die Zusammensetzung der polnischen Regierung. Gemäß ihrer Absprachen auf Malta verlangten Briten und Amerikaner die Bildung einer völlig neuen Regierung, die aus Mitgliedern der provisorischen Regierung, polnischen Demokraten und Exil-Polen bestehen und auf die Abhaltung freier Wahlen verpflichtet werden sollte. Die Sowjets hingegen wollten klargestellt wissen, dass die provisorische Regierung den Kern der

---

<sup>152</sup> PRO, W.M. (45) 10.1.C.A, abgedr. in: POLONSKY, Powers, S. 239 f.

<sup>153</sup> Zur britischen Akte über das Treffen siehe PRO, W.P. (45) 157, S. 4-7; zur amerikanischen Akte siehe FRUS, Yalta, S. 499 f., 505.

<sup>154</sup> Zu den britischen Akten siehe PRO, W.P. (45) 157; zu den amerikanischen Akten siehe FRUS, Yalta; zu den sowjetischen Protokollen vgl. Teheran, Jalta, Potsdam. Dokumentensammlung, hg. v. S. P. SANAKOJEW/ B. L. ZYBULEWSKI, Moskau 1978; Die wichtigsten Dokumente sind abgedr. in: POLONSKY, Powers, S. 241-251.

neuen Verwaltung des Landes darstellen werde. Das Schlusskommuniqué enthielt einen nicht sehr präzisen Kompromiss zwischen beiden Positionen. Er lautete:

„In Polen ist mit der vollkommenen Befreiung durch die Rote Armee eine neue Lage entstanden. Das erfordert die Bildung einer provisorischen polnischen Regierung, die sich auf eine breitere Basis stützen soll, als dies vorher bis zur kürzlich erfolgten Befreiung des westlichen Teils Polens möglich war. Die gegenwärtig in Polen amtierende provisorische Regierung soll deshalb auf einer breiteren demokratischen Grundlage unter Einschluss demokratischer Persönlichkeiten aus Polen selbst und von Polen aus dem Ausland umgebildet werden. [...] W. M. Molotov, Herr W. A. Harriman und Sir Archibald K. [Clark] Kerr werden als Kommission ermächtigt, in Moskau in erster Linie mit den Mitgliedern der gegenwärtigen provisorischen Regierung und anderen polnischen demokratischen Persönlichkeiten sowohl aus Polen selbst wie auch aus dem Ausland im Hinblick auf die Umbildung der gegenwärtigen Regierung auf der genannten Grundlage Konsultationen zu führen. Diese provisorische polnische Regierung der Nationalen Einheit soll sich verpflichten, so bald wie möglich freie und durch nichts behinderte Wahlen auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts und der geheimen Abstimmung durchzuführen.“<sup>155</sup>

Es fällt schwer zu glauben, dass Stalin bei der Zustimmung zu dieser Formel mehr im Sinn hatte, als den Westmächten zu erlauben, das Gesicht zu wahren. Churchill erklärte dem Kriegskabinett am 19. Februar, er sei überzeugt, dass Stalin die Vereinbarung in einer für den Westen annehmbaren Weise verwirklichen werde.<sup>156</sup>

Doch das sowjetische Versprechen, „so bald wie möglich“ Wahlen abzuhalten, enthielt keinen Termin, und die sowjetische Verpflichtung auf freie Wahlen war kaum ernst zu nehmen. Der spätere Ministerpräsident der DDR, Walter Ulbricht, dürfte Stalins Einstellung zu freien Wahlen wiedergegeben haben, als er zur selben Zeit erklärte: „Es ist doch ganz klar: es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“<sup>157</sup> Stalins Behauptung, er könne keine Verbindung zu Mitgliedern der provisorischen Regierung in Polen aufnehmen, entsprach sicherlich nicht der Wahrheit<sup>158</sup> und lässt darauf schließen, dass ihm bewusst war, wie schwierig die Bildung der neuen Regierung werden würde. Dies galt insbesondere für die Beteiligung Mikołajczyks, die für die Westmächte un-

---

<sup>155</sup> Kommuniqué der Konferenz von Jalta, 11. Februar 1945, in: Teheran, Jalta, Potsdam, S. 205; FRUS, Yalta, S. 973.

<sup>156</sup> PRO, W.M. (45) 22.1.C.A.

<sup>157</sup> Zit. in Wolfgang Leonhard, *Die Revolution entläßt ihre Kinder*, Frankfurt/M., Berlin 1962, S. 294.

<sup>158</sup> PRO, W.M. (45) 157, 44 f.

erlässlich war. In Jalta hatten indes sowohl Stalin als auch Molotov festgestellt, dass er für die Warschauer Polen „unannehmbar“ sei. Nachdem er diese Regierung, die immer noch sehr schwach war, geschaffen hatte, konnte Stalin es nicht zulassen, dass ihre Stellung untergraben wurde.

Infolgedessen erwies sich die Bildung der neuen Regierung als schwieriger, als die Westmächte erwartet hatten. Am 18. Februar instruierte das britische Außenministerium Clark Kerr, er solle dafür sorgen, dass in dieser Regierung „verschiedene nicht-Lubliner Sektionen der Öffentlichkeit angemessen vertreten“ seien.<sup>159</sup> Drei Tage später erklärte Churchill dem Kriegskabinett, der „Lackmustest“ der sowjetischen Aufrichtigkeit bestehe darin, ob man Mikołajczyk die Rückkehr nach Polen erlauben werde.<sup>160</sup> Beide Auffassungen wurden von den Amerikanern weithin geteilt.<sup>161</sup> Bald sollte jedoch klar werden, dass Molotov, der um die Schwäche der Warschauer Polen wusste, nicht bereit war, Mikołajczyks Eintritt in die neue Regierung zuzulassen.<sup>162</sup> Der Streit weitete sich rasch aus. Die Briten gelangten, wie Churchill am 8. März an Roosevelt schrieb, zu dem Schluss, dass die Sowjets vorhatten, mit demokratischer Phraseologie die Bildung einer neuen Regierung zu verschleiern, „welche die gegenwärtige sein wird, bloß mit neuem Gewand, um sie auf den ersten Blick annehmbarer aussehen zu lassen“.<sup>163</sup> Außerdem empörte sie die sowjetische Weigerung, westliche Beobachter nach Polen zu lassen.<sup>164</sup>

Die Vereinigten Staaten waren zwar weniger geneigt, den Sowjets böse Absichten zu unterstellen, kamen aber in zunehmendem Maß zu den gleichen Auffassungen wie die Briten. Ihre Beschwerden brachten die Westmächte in gleichlautenden Noten, die Harriman und Clark Kerr am 19. März Molotov überreichten,<sup>165</sup> in Roosevelts Brief an Stalin vom 1. April<sup>166</sup> sowie in dem gemeinsamen Brief von US-Präsident Harry S. Truman und Churchill an Stalin vom 18. April zum Ausdruck.<sup>167</sup> Die Sowjets hielten den Westmächten daraufhin vor, sie würden mit ihrem Versuch, eine völlig neue Regierung zu bilden, von den Vereinbarungen von Jalta abweichen. Und sie betonten, die provisorische Regierung müsse den „Kern“ der

---

<sup>159</sup> PRO, F.O. 371, N1745/6/55.

<sup>160</sup> PRO, W.M. (45) 23.2.C.A.

<sup>161</sup> FRUS, 1945, Bd. 5, S. 130 f.

<sup>162</sup> PRO, F.O. 371, N2071/6/55.

<sup>163</sup> FRUS, 1945, Bd. 5, S. 149.

<sup>164</sup> Vgl. POLONSKY, Powers, S. 254.

<sup>165</sup> FRUS, 1945, Bd. 5, S. 172-176.

<sup>166</sup> Ebd., S. 194 ff.

<sup>167</sup> Briefwechsel Stalins, Nr. 430, S. 399 ff.

künftigen Verwaltung bilden. Molotov behauptete sogar mit wenig Recht, der einschlägige Paragraph des Kommuniqués von Jalta sollte so gelesen werden, dass die Dreimächtekommission bevollmächtigt worden sei, „in Moskau als Erstes mit Mitgliedern der gegenwärtigen provisorischen Regierung und mit anderen demokratischen polnischen Führern aus dem In- und Ausland zu konferieren“. Das heißt, erste Gesprächspartner vor allen anderen sollten Mitglieder der provisorischen Regierung sein.<sup>168</sup> Stalin argumentierte nun in einem Brief an Roosevelt vom 7. April, man solle bei der Lösung des „polnischen Problems“ dem „jugoslawischen Beispiel“ folgen, was bedeutet hätte, dass die nicht zur Warschauer Gruppe gehörenden Polen keinerlei Macht erhalten hätten. An Churchill schrieb er am 24. April, man müsse „den Umstand berücksichtigen, dass Polen an die Sowjetunion grenzt, was man von Großbritannien und den USA nicht sagen“ könne.<sup>169</sup> Am 4. Mai machte er in einem weiteren Brief – Churchills Antwortschreiben vom 28. April zitierend – deutlich, wie eng die Grenzen waren, die er jeder neuen polnischen Regierung zu ziehen gedachte:

„Wir können uns [...] nicht damit zufrieden geben, dass zur Bildung der künftigen polnischen Regierung Leute herangezogen werden, die, nach Ihren Worten, ‚nicht grundsätzlich antirussisch eingestellt sind‘, oder von der Teilnahme nur die ausgeschlossen sein sollen, die Ihrer Meinung nach ‚extrem russlandfeindliche Leute‘ sind. [...] Wir bestehen darauf und werden auch in Zukunft darauf bestehen, dass zur Konsultation über die Bildung der künftigen polnischen Regierung nur solche Personen herangezogen werden, die in der Praxis ihr freundschaftliches Verhältnis zur Sowjetunion bewiesen haben.“<sup>170</sup>

Die Sowjets wollten jedoch wegen dieser Frage keinen Bruch mit dem Westen riskieren, zumal Großbritannien und die Vereinigten Staaten praktisch bereits allen wesentlichen Forderungen zugestimmt hatten. In der gemeinsamen Note vom 18. April hatten Truman und Churchill beispielsweise versichert: „Wir haben niemals geleugnet, dass von den drei Elementen, aus denen die neue provisorische Regierung der Nationalen Einheit gebildet werden soll, die Vertreter der gegenwärtigen Warschauer Regierung ohne Frage eine hervorragende Rolle spielen werden.“<sup>171</sup> Stalin hatte Churchill bereits in seinem Brief vom 7. April mitgeteilt, dass er bereit sei, „auf die provisorische Regierung dahingehend einzuwirken, dass sie ihre Einwände gegen die Einladung Mikołajczyks aufgibt, sofern Letzterer öf-

---

<sup>168</sup> Siehe Molotovs Note an Clark Kerr, in: PRO, F.O. 371, N3204/6/55, und Stalins Brief an Roosevelt, 7. April 1945, in: Briefwechsel Stalins, Nr. 289, S. 707-710.

<sup>169</sup> Briefwechsel Stalins, Nr. 439, S. 406 f.

<sup>170</sup> Ebd., Nr. 456, S. 427 ff.

<sup>171</sup> Ebd., Nr. 430, S. 399 ff.

fentlich erklärt, dass er die Beschlüsse der Krim-Konferenz über Polen anerkennt“,<sup>172</sup> was er dann auch tat. Darüber hinaus wurde die sowjetische Entscheidung, Molotov nicht zur Konferenz von San Francisco zu entsenden, revidiert.

Die Einigung verzögerte sich aus verschiedenen Gründen. Vor allem wollte der neue, unerfahrene US-Präsident Truman bei den Sowjets nicht den Eindruck von Schwäche erwecken, weshalb er Molotov während dessen USA-Aufenthalts „mit einsilbigen Worten“ sein Missfallen über das sowjetische Verhalten ausdrückte. Außerdem sandte er am 23. April eine scharfe Note nach Moskau.<sup>173</sup> In Gesprächen in Washington und San Francisco wurden kaum Fortschritte erzielt, und die Angelegenheit wurde weiter verzögert, als Stalin Churchill am 4. Mai brieflich mitteilte, dass 15 prominente Mitglieder der von London aus geleiteten Untergrundbewegung sowie General Leopold Okulicki, der letzten Kommandeur der Heimatarmee, von den sowjetischen Sicherheitskräften verhaftet worden seien.<sup>174</sup> Die Männer waren Anfang April verschwunden und es war das Gerücht aufgetaucht, dass die Sowjets direkt mit ihnen verhandeln wollten, um die Westmächte vor vollendete Tatsachen zu stellen, indem sie ihnen eine Moskau genehme, umgebildete polnische Regierung präsentierten. Wahrscheinlicher ist freilich, dass dieses Gerücht von den Sowjets in Umlauf gesetzt worden war, um die Führer der Untergrundbewegung verhaften und ihre Organisation zerschlagen zu können. Die Botschafter Großbritanniens und der USA hatten seit dem 4. April wiederholt um Informationen über die vermissten Männer ersucht, aber stets nur eine ausweichende Antwort erhalten.

Churchill wollte die weitere Diskussion der „polnischen Frage“ nunmehr bis zum bevorstehenden Treffen der Großen Drei verschieben und lehnte daher einen recht ausgefeilten Plan zur Lösung des Problems, den das US-Außenministerium den Briten in San Francisco vorschlug, ab.<sup>175</sup> Truman beschloss dennoch, einen letzten Versuch zu unternehmen, und entsandte Hopkins Ende Mai nach Moskau. Hopkins gelang es, den toten Punkt zu überwinden und Bedingungen auszuhandeln, mit denen die Amerikaner und in geringerem Ausmaß auch die Briten leben konnten.<sup>176</sup> Nach einigem Zögern reiste Mikołajczyk am 16. Juni zusammen mit dem Sozialisten Jan Stańczyk nach Moskau. Obwohl gleichzeitig der Prozess gegen

---

<sup>172</sup> Ebd., Nr. 418, S. 384 ff.

<sup>173</sup> FRUS, 1945, Bd. 5, S. 258 f.

<sup>174</sup> Briefwechsel Stalins mit Churchill, S. 427 ff.

<sup>175</sup> PRO, F.O. 371, N5169/6/55.

<sup>176</sup> Siehe POLONSKY, Powers, S. 273-276.

die 16 Polen stattfand, die am 21. Juni zum Teil zu hohen Strafen verurteilt wurden, verliefen die Verhandlungen in freundlicher Atmosphäre und relativ glatt. Am 21. Juni erzielte man eine Einigung, die Mikołajczyk und seinen Anhängern fünf von zwanzig Kabinettsposten sicherte. Mikołajczyk wurde stellvertretender Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister, während Bolesław Bierut den Vorsitz des Nationalrats übernahm, der als höchstes Organ des polnischen Staats betrachtet werden sollte.

Harriman fand die Einigung zufriedenstellend, auch wenn er glaubte, dass bessere Bedingungen erreichbar gewesen wären, wenn sich Stańczyk weniger nachgiebig verhalten hätte. Bedenken äußerte er gegen das Weiterbestehen eines eigenständigen Ministeriums für innere Sicherheit unter dem Kommunisten Stanisław Radkiewicz. „Die Art, wie dieses Ministerium geführt wird“, schrieb er, „ist der Punkt, an dem sich entscheidet, ob Polen seine Unabhängigkeit erhält, ob echte persönliche Freiheit gewährt wird und ob wirklich freie Wahlen abgehalten werden können“. <sup>177</sup> Auch Churchill war zufrieden, obwohl er sich höchst besorgt über die Sätze über Okulicki und seine Mitsstreiter äußerte. <sup>178</sup>

In Potsdam wurden dann die beiden ungelösten Probleme geklärt. <sup>179</sup> In Bezug auf die Auflösung der Londoner Exilregierung erzielte man rasch Einigkeit. Die Frage der polnischen Westgrenze bereitete größere Schwierigkeiten. Sie kam zum ersten Mal in der fünften Plenarsitzung am 21. Juli zur Sprache, in der die Sowjets eine Grenze entlang Oder und Lausitzer Neiße vorschlugen. <sup>180</sup> Truman und Churchill wiesen in ihren Erwidern darauf hin, dass zwischen der Festlegung der polnischen Westgrenze und der Frage der Reparationen ein enger Zusammenhang bestehe. Truman erklärte, er sei zwar bereit, über die polnische Westgrenze zu reden, eine endgültige Regelung müsse aber bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden. Tatsächlich war in einem seiner Vorbereitungspapiere mit dem Titel „Vorschlag für eine US-Polenpolitik“ von einer polnischen Westgrenze die Rede, die Danzig, das südliche Ostpreußen, Oberschlesien sowie, um Polen eine längere Küste zu geben, einen Teil von Pommern einschloss. <sup>181</sup> Die britische Position, die in einem den Amerikanern am 13. Juli übergebenen Aide-Mémoire dargelegt wurde, war ähnlich. <sup>182</sup> Nach

---

<sup>177</sup> FRUS, Potsdam, Bd. 1, Nr. 492.

<sup>178</sup> PRO, F.O. 371, N7296/6/55.

<sup>179</sup> Zur Potsdamer Konferenz siehe FRUS, Potsdam; PRO, F.O. 371, U7197/3628/70; Teheran, Jalta, Potsdam.

<sup>180</sup> FRUS, Potsdam, Bd. 2, S. 208-221; PRO, F.O. 371, U7197/3628/70, S. 148-153; Teheran, Jalta, Potsdam, S. 284-294.

<sup>181</sup> FRUS, Potsdam, Bd. 2, Nr. 483, 510.

<sup>182</sup> Ebd., Nr. 518.

Trumans Ansicht konnten die betroffenen Gebiete nicht als Reparationen, das heißt als von Deutschland abgetreten, betrachtet werden, da die Aufteilung in Besatzungszonen auf den Grenzen von 1937 beruhe. Stalin sprach sich für die Oder-Neiße-Linie aus, willigte aber ein, die Frage offen zu lassen. Dies widerstrebte jedoch den Westmächten, und so beschloss man, wie in Jalta vereinbart, die Meinung der polnischen Delegation einzuholen.<sup>183</sup> Die Polen, unter ihnen auch Mikołajczyk, setzten sich ebenfalls für die Oder-Neiße-Linie ein.<sup>184</sup> In der achten und neunten Plenarsitzung am 24. Juli kam man nicht voran.<sup>185</sup> In der neunten Plenarsitzung erklärte Churchill, Polen dürfe nicht zur fünften Besatzungsmacht werden, ohne dass man Vorkehrungen für die Verteilung der in Deutschland produzierten Lebensmittel an die gesamte deutsche Bevölkerung getroffen habe. Zudem müsse zuerst eine Vereinbarung über einen Reparationsplan und eine Definition dessen, was als Kriegsbeute zu betrachten sei, erzielt worden sein. Wenn dies nicht geschehe, Polen also zur Besatzungsmacht werde, bedeute dies „zweifelloso einen Misserfolg der Konferenz“. Ferner schlug Churchill einen Tauschhandel vor: Güter aus dem Ruhrgebiet sollten in die russische Zone und nach Polen und umgekehrt Lebensmittel aus diesen Gebieten in den Westen geliefert werden.<sup>186</sup>

Dies war Churchills letzte Wortmeldung auf der Konferenz, denn er erlitt bei den britischen Parlamentswahlen eine verheerende Niederlage und trat am 29. Juli als Premierminister zurück. Truman und sein neuer Außenminister James F. Byrnes versuchten in einer Sitzung am 29. Juli, den toten Punkt zu überwinden. Byrnes schlug vor, seitens der USA die Oder-Neiße-Linie zu akzeptieren, wenn die Sowjetunion einem Reparationsplan zustimmen würde, nach dem die Besatzungsmächte ihre Reparationsansprüche aus ihren eigenen Zonen befriedigen sollten und die Sowjetunion zusätzlich 25 Prozent der gesamten im Ruhrgebiet als Reparationen verfügbaren Anlagen und Ausrüstungen erhalten sollte.<sup>187</sup> Damit erweiterte er seinen Vorschlag vom 23. Juli um eine Vereinbarung über die Erfüllung der Reparationsansprüche der Besatzungsmächte aus deren eigenen Zonen.<sup>188</sup> Der neue Vorschlag war für Stalin attraktiv genug, um den Polen am selben Abend nahezulegen, die Queis (Kwisa) als Grenze zu akzeptie-

---

<sup>183</sup> PRO, F.O. 371, U7197/3628/70, S. 165-169; FRUS, Potsdam, Bd. 2, S. 247-252, 261-264; Teheran, Jalta, Potsdam, S. 284-294, 297-305.

<sup>184</sup> PRO, F.O. 371, U7197/3628/70, S. 195-199; FRUS, Potsdam, Bd. 2, S. 337-339.

<sup>185</sup> PRO, F.O. 371, U7197/3628/70, S. 201 f., 211 f.; FRUS, Potsdam, Bd. 2, S. 367, 382-391; Teheran, Jalta, Potsdam, S. 323-346.

<sup>186</sup> Ebd., S. 342 f.

<sup>187</sup> FRUS, Potsdam, Bd. 2, S. 471 f.

<sup>188</sup> Ebd., S. 294-297.

ren, was sie auch taten.<sup>189</sup> In der Außenministersitzung am 30. Juli stimmte Byrnes allerdings der Linie an Oder und Lausitzer Neiße zu, und er präzierte seinen Vorschlag:<sup>190</sup> Die Sowjetunion sollte im Gegenzug für Lebensmittel und Rohstoffe 25 Prozent der nicht für die Friedenswirtschaft benötigten Industrieanlagen im Ruhrgebiet erhalten; weitere 15 Prozent sollten ihr ohne Gegenleistung übergeben werden. Die Zustimmung zu diesem Vorschlag war an den Abschluss einer Vereinbarung über den Beitritt von Staaten zu den Vereinten Nationen und die polnische Westgrenze geknüpft. Endgültig beigelegt wurde das Problem in der elften Plenarsitzung der Konferenz am 31. Juli.<sup>191</sup> Bei dieser Gelegenheit versuchte der neue britische Außenminister Ernest Bevin, von den Sowjets eine Zusage hinsichtlich der Abhaltung freier Wahlen und des Rückzugs der sowjetischen Truppen aus Polen zu erhalten. Das Schlusskommuniqué der Konferenz – das „Potsdamer Abkommen“ – enthält sowohl die Vereinbarung über die Auflösung der polnischen Exilregierung als auch die Übereinkunft über die provisorische Festlegung der polnischen Westgrenze. Den endgültigen Verlauf dieser Grenze zu bestimmen, wurde der Friedenskonferenz vorbehalten, die bekanntlich nie stattfand.<sup>192</sup>

Nach Potsdam erhielt Mikołajczyk weder von Großbritannien noch von den USA viel Unterstützung bei seinen Bemühungen, die kommunistisch dominierte Regierung Polens zu zwingen, ein gewisses Maß an Pluralismus zuzulassen. Er weigerte sich, die politische Ohnmacht, welche die Kommunisten ihm zugebracht hatten, ohne Gegenwehr hinzunehmen, da er glaubte, deren eigene Schwäche habe sie genötigt, eine Einigung mit ihm anzustreben und ihm die Rückkehr nach Polen zu erlauben. Deshalb ließ er sich durch die unverblünte Warnung, die ihm Władysław Gomułka, der Erste Sekretär der PPR, während der Moskauer Gespräche im Juni 1945 zukommen ließ – „Wir werden die Macht, die wir erobert haben, niemals aufgeben“<sup>193</sup> –, nicht allzu sehr einschüchtern und entschied sich für eine ebenso kühne wie riskante politische Strategie. Er wollte nicht weniger erreichen, als Stalin vor Augen zu führen, dass Polen ohne seine Beteiligung nicht regiert werden könne. Seinem Eindruck nach hatte er ein gutes persönliches Verhältnis zu dem Sowjetführer aufgebaut, der im Mai 1944 in Moskau zu ihm gesagt hatte, in Polen den Kommunismus einführen zu wollen, wäre, „als wollte man einer Kuh einen Sattel auflegen“. Stalins

---

<sup>189</sup> Ebd., Bd. 2, S. 1539.

<sup>190</sup> PRO, F.O. 371, U7197/3628/70; FRUS, Potsdam, Bd. 2, S. 484–492, 500 f.

<sup>191</sup> PRO, F.O. 371, U7197/3628/70.

<sup>192</sup> FRUS, Potsdam, Bd. 2, S. 1579 f.

<sup>193</sup> WŁADYSŁAW GOMUŁKA, *Artykuły i przemówienia*, Warszawa 1962, Bd. 1, S. 295.

Hauptsorge war nach Mikołajczyks Ansicht die Sicherheit der sowjetischen Westgrenze. Er glaubte, wenn eine von ihm kontrollierte Regierung die Sicherheit zuverlässiger gewährleisten könne als die Kommunisten, würde sich Stalin stillschweigend mit dem Ende der kommunistischen Vorherrschaft in Polen abfinden. Ermutigt fühlte sich Mikołajczyk dadurch, dass die Sowjets in Finnland offenbar ein freiheitlich-demokratisches System duldeten. Zudem bestärkte ihn der Erfolg der ungarischen Partei der kleinen Landwirte, die seiner eigenen Polnischen Volkspartei (*Polskie Stronnictwo Ludowe*, PSL) ähnelte und bei der Wahl im November 1945 57 Prozent der Stimmen erhalten hatte. Darüber hinaus war er überzeugt, dass sowohl Stalin als auch die polnischen Kommunisten aufgrund des Weiterbestehens eines Untergrundwiderstands gegen die PPR (im zweiten Halbjahr 1945 fanden jeden Monat rund 200 Attentate auf Regierungsvertreter statt) zu der Einsicht gelangen würden, dass eine Zerschlagung der PSL nur eine weitere Verschlechterung der öffentlichen Ordnung nach sich ziehen würde. Mikołajczyk machte sich kaum Illusionen über das Ausmaß der Unterstützung, die er von den Westmächten erwarten durfte. Aber er rechnete damit, dass die PPR dringend westliche Wirtschaftshilfe benötige und es Stalin widerstreben würde, in Polen ein kommunistisches Regime errichten zu lassen, das offen in seinem Sinne herrsche. Mikołajczyk bemühte sich, seine Beziehungen zum Westen hervorzuheben, indem er im November 1945 in die Vereinigten Staaten reiste, wo er unter anderem von Truman empfangen wurde. Der Eindruck, dass Mikołajczyk vom Westen unterstützt wurde, verfehlte bei der PPR nicht seine Wirkung. Im Februar 1946 erklärte Gomulka in einer Parteiversammlung, die angelsächsischen Staaten hätten sich „sehr stark engagiert“. In jüngster Zeit sei mit „stärkeren Methoden“ Druck auf die polnischen Kommunisten ausgeübt worden, zudem messe man im Ausland den Wahlen große Bedeutung bei.<sup>194</sup>

Hauptstreitpunkt war tatsächlich die Wahl, zu deren Abhaltung die Regierung in Jalta verpflichtet worden war und die nach allgemeiner Erwartung Anfang 1946 stattfinden sollte. Die PPR-Führung war sich angesichts der zahlenmäßigen Schwäche der Partei darüber im Klaren, dass die Durchführung der Wahl ein gravierendes Problem darstellte. „Man muss damit rechnen“, warnte Gomulka im Februar während einer Sitzung des Zentralkomitees, „dass die PSL, wenn sie unabhängig in die Wahl geht [...] und die demokratischen Parteien sich vor der Wahl aufspalten, ernsthafte Chancen besitzt“.<sup>195</sup> Seine Taktik bestand darin, Zeit zu gewinnen,

---

<sup>194</sup> Sytuacja polityczna a spraw wyborów do Sejmu Ustawodawczego. Z referatu Sekretarza Generalnego KC PPR na plenum KC PPR dni 10 lutego 1946 r., in: *Z pola walki*, 1964, Nr. 2, S. 6 f.

<sup>195</sup> Ebd., S. 9.

während Mikołajczyk andererseits auf eine baldige Abhaltung der Wahl drängte und dicht vor einem Erfolg zu stehen schien. Im Sommer 1946 war offensichtlich, dass die Macht der Kommunisten auf wenig mehr als ihrer Kontrolle über den staatlichen Zwangsapparat beruhte, vor allem über den Sicherheitsapparat und die Armee. Im Referendum im Juni 1946 trat ihre Schwäche deutlich zutage, denn trotz Manipulationen folgte ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung Mikołajczyks Beispiel und stimmte gegen den dritten Vorschlag, der die Abschaffung des Senats vorsah. Es war klar, dass die Kommunisten, wollten sie an der Macht bleiben, mehr direkte Unterstützung von Seiten Stalins benötigten und ihre Kontrolle über die Satellitenparteien Polnische Sozialistische Partei (*Polska Partia Socjalistyczna*, PPS) und die Bauernpartei (*Stronnictwo Ludowe*, SL) verstärken mussten.

Ende 1946 erhielt die PPR-Führung von Stalin grünes Licht und begann, derart von neuem Vertrauen in ihre Position erfüllt, in Vorbereitung auf die bevorstehende Wahl einen Frontalangriff auf Mikołajczyk. Der Angegriffene war entsetzt über die Wucht der Attacke, glaubte aber weiterhin, standhalten zu können. Er war noch einen Monat vor der Wahl überzeugt, dass seine Partei 20 bis 30 Prozent der Mandate erringen würde. In Wirklichkeit verschätzte er sich in mehrerlei Hinsicht, und seine Strategie war dabei, zusammenzubrechen. Vor allem rechnete er nicht mit der Fähigkeit einer kleinen, disziplinierten Minderheit, die das Gewaltmonopol besaß, der Gesellschaft ihren Willen aufzuzwingen. Ferner überschätzte er Stalins Bereitschaft, die PPR aufzugeben. So unzufrieden der Sowjetführer auch mit seinen polnischen Proteges sein mochte, so verheerende Folgen hätte es für sein im Aufbau befindliches Reich in Osteuropa gehabt, wenn er zugelassen hätte, dass Mikołajczyk ihr Machtmonopol untergrub. Und schließlich erhielt Mikołajczyk nicht einmal in dem von ihm erhofften geringen Ausmaß Unterstützung aus dem Westen. Schon Anfang Februar 1946 hatte Bevin zu bedenken gegeben, die britische Politik „stütze sich zu ausschließlich auf Mikołajczyk“ und dies ermutige ihn, „in Bezug auf die Wahl eine unangebracht unnachgiebige Haltung einzunehmen“.<sup>196</sup> Byrnes Rede in Stuttgart im September 1946, in der er den polnischen Anspruch auf die Grenze an Oder und Lausitzer Neiße in Frage stellte, hätte aus Sicht der PSL zu keinem ungünstigeren Zeitpunkt gehalten werden können. Als Mikołajczyk am 18. Dezember bei den Jalta-Mächten gegen Wahlfälschungen protestierte, lehnte es das US-Außenministerium zunächst ab, das Schreiben entgegenzunehmen. Es änderte seine Haltung erst, nachdem sowohl sein eigener Botschafter in Warschau als auch die britische Regie-

---

<sup>196</sup> PRO, F.O. 371 56452, N16279.

rung interveniert hatten.<sup>197</sup> Es folgte ein ergebnisloser Briefwechsel zwischen den drei Mächten, der in der Zurückweisung des Protests durch die Sowjetunion und einem Angriff auf die PSL wegen deren angeblicher Verbindungen zum Untergrund gipfelte.

Unter diesen Umständen stand der Ausgang der Wahl, die schließlich am 19. Januar 1947 stattfand, von vornherein fest. Die umfangreichen Wahlkommissionen sorgten häufig dafür, dass die Abstimmung nicht geheim war, so dass die Wähler eingeschüchtert werden konnten, und wo dies fehlschlug, griff man zu direktem Wahlbetrug bei der Stimmauszählung. Nach dem amtlichen Wahlergebnis hatte der Demokratische Block 80,1 Prozent der Stimmen (394 Mandate) gewonnen; die PSL war auf 10,3 Prozent (28 Mandate) gekommen, die Partei der Arbeit auf 4,7 Prozent (12 Mandate) und andere Parteien hatten zusammen 4,9 Prozent (10 Mandate) erreicht. Aufgrund der Manipulationen war das Wahlergebnis für Mikołajczyks PSL eine schwere Niederlage, von der sie sich nie wieder erholen sollte. Die PPR hatte gezeigt, dass ihre Macht nicht zu erschüttern war, und in den folgenden Monaten schwand der Einfluss der PSL rapide. Der Untergrundbewegung, die mit einem Wahlsieg gerechnet hatte, um den bewaffneten Kampf beenden zu können, erging es ebenso. Die gesellschaftlichen Unruhen, die für den Fall vorausgesagt worden waren, dass die PSL nicht an der Macht beteiligt werden sollte, blieben aus. Tatsächlich berichtete die britische Botschaft im Juni 1947, Polen mache „in den letzten drei Monaten einen ruhigeren Eindruck als irgendwann zuvor seit 1945“.<sup>198</sup> Mikołajczyk war bald gezwungen, den Kampf aufzugeben. Er floh im Oktober 1947 ins Ausland. Die Überreste seiner besiegten Partei wurden im November 1949 schließlich mit der SL vereinigt.

Für Stalin und seine polnischen Proteges in der PPR hatte sich andererseits die Hoffnung auf eine breite nationale Front zerschlagen. Die Partei hatte unwiderruflich den Weg der Repression beschritten, so dass der Totalitarismus, der für die stalinistische Periode in Polen charakteristisch sein sollte, bereits im ersten Halbjahr 1947 deutlich erkennbar war. Die Parteiführung gab jetzt jeden ernsthaften Versuch auf, Bündnisse mit vorhandenen sozialen und politischen Gruppen einzugehen. Stattdessen versuchte sie, diese Gruppen durch die Veränderung des Wesens der polnischen Gesellschaft an den Rand zu drängen. Zum ersten Mal wurde jetzt auch der Einfluss der Kirche bekämpft, während sämtliche nichtkommunistischen Kräfte stärkerer Kontrolle unterzogen wurden. Die Sonderrolle

---

<sup>197</sup> PRO, F.O. 371 56452, N16280, 16289; siehe auch ARTHUR BLISS LANE, *I Saw Poland Betrayed. An American Ambassador Reports to the Polish People*, Boston 1965, S. 217- 231.

<sup>198</sup> PRO, F.O. 371 66093, N6707.

der Staatsbürokratie und des Sicherheitsapparats beim Aufbau des Sozialismus wurde ebenso hervorgehoben wie der polnische Charakter des Neuaufbruchs. Gleichwohl ist die Ähnlichkeit zu nachfolgenden stalinistischen Kampagnen unübersehbar. Ironischerweise wurde Gomułka, der Hauptarchitekt des „polnischen Wegs zum Sozialismus“, Mitte 1948 zu einem der ersten Opfer des neuen Regimes, als sich Stalin gegen ihn wandte, weil er in ihm einen potentiellen „polnischen Tito“ sah. Er war ein klassisches Beispiel dafür, dass Revolutionen ihre Kinder fressen.

In einer Diskussion des „polnischen Problems“ im und nach dem Zweiten Weltkrieg stellen sich unweigerlich Fragen nach dem Muster: „Was wäre geschehen, wenn ...“. Wäre das Ergebnis anders ausgefallen, wenn die polnische Exilregierung in London sich in ihrem Streit mit Stalin nicht auf die Grenzen, sondern auf den Charakter des Regierungssystems konzentriert hätte? Wäre Mikołajczyk in der Lage gewesen, etwas von der polnischen Unabhängigkeit und ihrer inneren Freiheit zu retten, wenn er eine weniger konfrontative politische Strategie verfolgt hätte? Hätte die westliche Politik aktiver und nachdrücklicher sein können?

Betrachtet man Stalins Politik in Osteuropa, kann man zwei unterschiedliche Modelle unterscheiden: dasjenige von Finnland und dasjenige von Ungarn und der Tschechoslowakei. In Finnland konnte im Innern ein freiheitlich-demokratisches Regierungssystem bewahrt werden, während die Außenpolitik den Interessen der UdSSR untergeordnet wurde. Dafür gab es eine Reihe von Ursachen. Finnland war das erste Land, das kapitulierte, und Stalin wollte seine Großmut demonstrieren. Zudem lag das Land in Nordeuropa, wo sich Stalin als verantwortungsbewusster und moderater Staatsmann zeigen wollte. Die strategische Bedeutung Finnlands war gering: Das Land war, wie Molotov es ausdrückte, „XXX, ein Nichts“, und der Erste Sekretär der Kommunistischen Partei des Landes, Yrjö Leino, erwies sich als unfähiger, unentschlossener Taktiker. Andererseits konnte in der Tschechoslowakei selbst Beneš' extreme Unterwürfigkeit die kommunistische Machtübernahme nicht verhindern, obwohl sie, soweit es um eine effektive Kontrolle ging, praktisch unnötig war. In Ungarn hielt die Stärke der Partei der kleinen Landwirte, die ideologisch und politisch Mikołajczyks PSL nahestand, eine kleine, entschlossene Kommunistische Partei nicht davon ab, mit Hilfe der sowjetischen Besatzungstruppen die Macht zu ergreifen.

Ähnelten die Umstände in Polen denjenigen in der Tschechoslowakei und Ungarn oder denjenigen in Finnland? Die Polen hielten sicherlich einige Trümpfe in der Hand. Polen war ein Alliiertes, weshalb eine sowjetische Besatzung nicht lange aufrechterhalten werden konnte. Die kommunistische Partei PPR war im Unterschied zur tschechoslowakischen

schwach und unpopulär. Außerdem besaß Polen nach Jugoslawien die größte und schlagkräftigste Untergrundbewegung Europas, die von der Londoner Exilregierung geführt wurde. Deshalb scheint mir, dass zumindest eine Chance bestanden hätte, wie klein sie auch gewesen wäre, so etwas wie eine „finnische Lösung“ zu erreichen, wenn die polnische Führung, sagen wir 1943, trotz ihrer grundlegenden strategischen Bedeutung die Curzon-Linie akzeptiert und sich auf die Rückkehr an die Macht in Polen konzentriert hätte. Damit sollen Stalins tiefes Misstrauen und seine Feindseligkeit gegenüber den Polen nicht unterschätzt werden. Aber dieser Haltung muss dessen wiederholt geäußerte Erkenntnis gegenübergestellt werden, dass es gravierende Probleme mit sich brächte, wenn man den Polen ein kommunistisches Regime aufzwingen würde. Erst nach und nach begannen Teile der polnischen Führung, ihre Position in dem von mir dargestellten Rahmen zu sehen. Dennoch war Mikołajczyk noch Mitte 1944 nicht in der Lage, einen größeren Teil der Emigration und der Untergrundbewegung davon zu überzeugen, mit ihm einen solch radikalen Neuanfang zu wagen. In dieser Hinsicht ging die Veränderung der polnischen öffentlichen Meinung zu langsam voran, um wirklich Einfluss auf die Situation nehmen zu können. Die Polen bewegten sich während des Zweiten Weltkriegs immer zu spät. Als Mikołajczyk nach Polen zurückkehrte, hatte sich die Situation völlig verändert, da die Kommunisten bereits die meisten Hebel der Macht in den Händen hielten. Sein Versuch, sie von einigen dieser Hebel zu verdrängen, war von vornherein zum Scheitern verurteilt, und auch alternative Strategien wären vermutlich nicht erfolgreicher gewesen.

Was die Politik des Westens betrifft, so ist es rückblickend offensichtlich ein Fehler gewesen, von 1943 an nicht mehr Druck auf die Polen auszuüben, um sie von der Notwendigkeit zu überzeugen, den Schwerpunkt ihrer Auseinandersetzung mit Stalin von der Grenzfrage auf den Charakter der künftigen Regierung zu verlagern. Manche bedeutenden Vertreter des polnischen Exils in London hätten es sicherlich begrüßt, wenn solcher Druck ausgeübt worden wäre, um sie von einem politischen Kurs abzubringen, von dem sie wussten, dass er in eine Sackgasse führt. Noch wichtiger wäre es gewesen, wenn westliche Staatsmänner Stalin unmissverständlich klar gemacht hätten, dass die Schaffung eines freiheitlich-demokratischen Staatswesens in Polen ein Hauptanliegen des Westens sei. In dieser Hinsicht waren insbesondere Roosevelt Vorwürfe zu machen. Aus seinem Verhalten in Teheran, während des Warschauer Aufstands und in Jalta muss Stalin den Schluss gezogen haben, dass sein Interesse an der inneren Freiheit in Polen lediglich ein für die Öffentlichkeit bestimmtes Lippenbekenntnis war und von politischen Erwägungen zweitrangiger Art diktiert wurde. Zugleich ist auch klar, dass Stalin, indem er den Menschen in

seiner Einflussphäre nur so wenig Handlungsspielraum ließ, das westliche Misstrauen gegenüber seinen Absichten erheblich verstärkte und so zum Scheitern jeder ausgehandelten Lösung der deutschen Frage beitrug, dem Beschleunigungsfaktor unter den Ursachen des Kalten Krieges. Das Grundproblem bestand darin, dass die westlichen Erwartungen an die Sowjetunion ausgesprochen unrealistisch waren. Angesichts des Charakters des Sowjetsystems war es höchst unwahrscheinlich, dass sich die Sowjetunion in ihren Nachbarländern auf eine Weise verhalten würde, die für westliche Staatsmänner annehmbar wäre. Die Westmächte stellten sich Einflussphären wie im 19. Jahrhundert vor, als die jeweilige Großmacht zwar die Außenpolitik bestimmte, den abhängigen Ländern aber ein großes Maß an innerer Autonomie zugestand. Doch angesichts der Stärke der antisowjetischen Einstellung in einem Land wie Polen war absehbar, dass die Handlungsfreiheit nur gering sein konnte. Wenn eine bessere Lösung der deutschen Frage erreicht worden wäre und wenn sich die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten, insbesondere ab 1947, nicht drastisch verschlechtert hätten, wäre diese Freiheit sicherlich größer gewesen. Gleichwohl ist es grundsätzlich unwahrscheinlich, dass sie, unter welchen Umständen auch immer, sehr groß hätte sein können.

Hinzu kam, wie Churchill wiederholt gegenüber Mikołajczyk erklärte, dass die Westmächte nicht bereit waren, wegen Polen gegen die Sowjetunion Krieg zu führen. Der Kern dessen war, dass die Sowjetunion die Kontrolle über Polen als grundlegendes Erfordernis ansah, während die Westmächte dies nicht taten. Dem Protokoll zufolge sagte Stalin am 6. Februar 1945 in der dritten Plenarsitzung der Konferenz von Jalta: „Churchill habe [...] erklärt, dass die Frage Polen für die britische Regierung eine Ehrenfrage sei. Stalin verstehe das. Doch müsse er bemerken, dass die Frage Polen für die Russen nicht nur eine Frage der Ehre, sondern auch eine Frage der Sicherheit sei.“<sup>199</sup> Lässt man die interessante Frage, was Ehre für Stalin bedeutete, einmal beiseite, ist dies eindeutig der Grund für die Einbeziehung Polens in das sowjetische Reich in Osteuropa, zu dem das Land bis 1989 gehören sollte.

---

<sup>199</sup> Teheran, Jalta, Potsdam, S. 155.